

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 20 / 17. Jahrgang

3. Oktober 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Gegen Tarifbruch, für volle Lohnfortzahlung!

Zehntausende streikten bei Merce- des-Benz und anderen Konzernen

Rasch und eindrucksvoll haben Zehntausende von Beschäftigten bei Mercedes-Benz auf die Ankündigung des Daimler-Benz-Vorstands reagiert, ab 1. Oktober die Entgeltfortzahlung bei Krankheit auf 80% zu senken. Sie haben für mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt und eine Samstags-Sonderschicht ausfallen lassen. Ein längerfristiger Aktionsplan für Daimler-Benz sieht vor: ständig wechselnde abteilungsweise Aktionen, bundesweiter Aktionstag im Konzern, Aussetzung von Mehrarbeit und Sonderschichten, Blockade der laufenden Verhandlungen über Kostensenkungen.

Entsprechend empfiehlt die IG Metall für die ganze Branche folgendes Vorgehen: Die Betriebsräte sollen die Unternehmensleitungen zur Stellungnahme auffordern, bei negativer oder ausweichender Antwort außerordentliche Betriebsversammlungen durchführen und die Belegschaften informieren, Mehrarbeit verweigern, für betriebliche Unruhe sorgen. Ziel der Aktionen ist, die tarifbrüchigen Unternehmen zur Rücknahme zu zwingen. Die IG Metall vermeidet das Wort Streik, weil geltende Tarifverträge und damit auch Friedenspflicht vorlägen.

Die Auseinandersetzung um die tarifliche Entgeltfortzahlung bei Krankheit ist zu einer Existenzfrage der Gewerkschaften selber geworden: Können die IG Metall und andere Gewerkschaften

einen angekündigten Tarifbruch auf breiter Front in einer zentralen Frage verhindern, oder können die Unternehmen und ihre Verbände künftig mit Tarifen nach Belieben umspringen? Können die Gewerkschaften den Staatseingriff in Tarifregelungen verhindern oder nicht? Welche Durchsetzungsfähigkeit haben sie heute und in Zukunft noch?

Die FDP droht mit einem Gesetz gegen die Tarifautonomie

Daß die Bonner Regierungskoalition die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung mit so grundsätzlichen Zielen führt, hat auch die Aktuelle Stunde im Bundestag gezeigt, die die PDS beantragt hatte. Vertreter der Regierungskoalition erklärten zwar, man wolle nicht in bestehende Tarifverträge eingreifen. Aber man erwarte, „daß den Tarifvertragsparteien vernünftige Regelungen einfallen werden“ (Louven, CDU). Noch deutlicher wurde die FDP-Abgeordnete Babel: Ohne „entsprechende Vereinbarungen“ der Tarifparteien müsse „die Koalition neu über die Schranken der Tarifautonomie nachdenken“. (1) Entweder die Gewerkschaften fügen sich freiwillig oder sie werden mit einem weiteren Gesetz im Handstreich gegen Verfassung und Tarifvertragsrecht dazu gezwungen.

Und auch der Kanzler selbst, der politisch scheinheilig zur Einhaltung geltender Tarife aufruft, handelt rechts-



Eine der ersten Protestaktionen bei Mercedes-Benz in Stuttgart-Neckarsulm am 26.9. Allein an diesem Tag beteiligten sich bei Mercedes-Benz 25.000 an dem Protest. BDA-Chef Murmann hat die öffentlichen Arbeitgeber aufgefordert, sie sollten den Manteltarifvertrag für den öffentlichen Dienst, der die 100-prozentige Lohnfortzahlung vorschreibt, kündigen und so die Konzerne gegen die Gewerkschaften unterstützen. Eine solche Kündigung geht nur mit Zustimmung der SPD ...

widrig. Obwohl ein Gutachten im Kanzleramt den Vorrang und die Geltung von selbständigen tariflichen Regelungen zur Lohnfortzahlung bestätigt, hat Kohl nach Aussage des Opel-Vorstandsvorsitzenden Herman die Wirtschaftsmanager aufgefordert, die Lohnkürzung durchzusetzen. (2)

Die IG Metall und die anderen Gewerkschaften stehen vor einer schweren Aufgabe. Sie müssen einen eklatanten Rechtsbruch unterbinden und die Lohnfortzahlung nach der politischen Niederlage im Bundestag tarifpolitisch verteidigen. Ein Erfolg gegen den aktuellen Rechtsbruch würde den Kampf um die dauerhafte tarifliche Sicherung leichter machen, diese aber nicht schon garantieren.

Es ist nämlich nicht zu übersehen, daß viele kritische Stellungnahmen aus Politik und Medien zwar das Verfahren, den Tarifbruch, betreffen, nicht aber die

Senkung der Lohnfortzahlung an sich.

Daimler-Benz, Siemens und die anderen Konzerne, die jetzt vorpreschen, werden ebenso wie die Unternehmerverbände Widerstand einkalkuliert haben. Sie werden versuchen, mit betrieblichen Erpressungsmanövern sowie Spaltung in und zwischen den Branchen (unterschiedliche Tarifregelungen usw.) zum Ziel zu kommen. Sie werden empfindliche Ausfälle bei Produktion und Gewinn spüren müssen, bis sie den Rückzug antreten. Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften müssen sich verständigen, wie sie trotz unterschiedlicher Bedingungen in den Branchen in dieser für alle Gewerkschaften wichtigen Frage an einem Strang ziehen können. Wozu sonst gibt es den DGB und seinen bevorstehenden Programmkongreß? (rok)

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt, 27.9.96; (2) Stuttgarter Zeitung, 28.9.96.

„Freispruch für Safwan Eid!“

Aufruf zu einer bundes- weiten Demonstration in Lübeck am 2. November

Zu einer bundesweiten Demonstration unter den Forderungen „Freispruch für Safwan Eid! Die Nazis vor Gericht! Offene Grenzen! Bleiberecht für Alle!“ ruft das Lübecker Bündnis gegen Rassismus in seinem Ende letzter Woche erschienenen ersten „Prozeßinfo“ auf. Zur Erläuterung schreibt das Lübecker Bündnis:

„Am 8. November laufen die Duldungen der meisten Brandopfer aus. Mit der Demonstration soll zunächst Druck für das dauerhafte Bleiberecht der Überlebenden aufgebaut werden. Die zweite Hauptforderung ist natürlich der Freispruch für Safwan und die Eröffnung eines Verfahrens gegen die verdächtigen

Rassisten aus Grevesmühlen. Dies soll verbunden werden mit unseren allgemeinen Forderungen nach offenen Grenzen und dem Bleiberecht für alle!

Für diese Demonstration wird ein bundesweites Vorbereitungstreffen am 12. Oktober in Lübeck stattfinden. Den genauen Ort und die genaue Zeit könnt ihr ab nächster Woche bei uns erfragen, dann gibt's auch ein vorläufiges Demo-Konzept. Den Entwurf für den Aufruf findet ihr im nächsten Prozeß-Info. Demnächst können auch Mobilisierungsplakate bei uns angefordert werden.“

Das „Prozeßinfo“ ist – am besten gegen Vorkasse oder beigelegten Schein/Scheck, 10 Exemplare kosten 5 DM, 25 Ex. 8 DM, 50 Ex. 10 DM, 100 Ex. 15 DM – zu bestellen beim:

Lübecker Bündnis gegen Rassismus, c/o Alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23455 Lübeck, Tel. u. Fax 0451-7020748.

Bankverbindung und Spendenkonto: C. Kleine, Postbank Hamburg, Konto Nr. 566406-201, BLZ 200 100 20.

Auf Seite 15: Der Aufruf

Bonn bricht die Vertraulichkeit

Hard-Core-Vertriebene bei deutsch-tschechischen Verhandlungen „wieder- holt“ informiert

Die Bundesregierung hat in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke zugegeben, daß sie den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, „wiederholt über den jeweiligen Stand“ der Verhandlungen mit der tschechischen Regierung informiert hat. Ulla Jelpke dazu:

„Dies ist ein unglaublicher Skandal. Die Bundesregierung tat dies, obwohl sie mit der tschechischen Regierung Vertraulichkeit vereinbart hatte. Während die Bundesregierung es mit der Begründung der Vertraulichkeit ablehnt, die

Opposition über die koalitionsinternen Schwierigkeiten mit der Erklärung zu informieren, wird ganz bewußt ein rechter Flügelmann der Revanchistenverbände informiert, von dem die Bundesregierung weiß, daß er über enge Beziehungen ins rechtsextreme Lager verfügt und sogar im rechtsextremen Berg-Verlag publiziert.

Die Bundesregierung hält es offenbar für sinnvoll, die militant revanchistischen Kreise der Vertriebenenverbände bevorzugt mit Informationen zu beliefern, während man diejenigen Kräfte ausklammert, die auf einen Ausgleich mit der tschechischen Regierung und der tschechischen Bevölkerung hinarbeiten. So wurde z.B. die Historikerkommission, die sich aus tschechischen und deutschen Mitgliedern zusammensetzt, nicht informiert. Offenbar braucht die Bundesregierung das rechtslastige und revanchistische Getöse der Vertriebenen, um in den Verhandlungen mit der tschechischen Seite notfalls nachkarten zu können.“

(Presseerklärung, 26.9.96)

AKTUELL IN BONN**DGB: Die Bundesregierung will wieder Kinderarbeit**

Der DGB-Bundesjugend-Vorstandssekretär Volker Rocha hat die Bundesregierung beschuldigt, eine breitflächige Wiederzulassung von Kinderarbeit zu betreiben. Anlässlich der ersten Lesung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs zur Änderung des „Jugendarbeitsschutzes“ erklärte Rocha am 26.9.: „Jetzt soll Kinderarbeit zur Regel werden.“ Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen Kinder ab 13 Jahren regelmäßig zwei bis drei Stunden am Tag arbeiten können. Bisher können nur in der Landwirtschaft Kinder drei Stunden täglich beschäftigt werden und beim Zeitungsvertrieb zwei Stunden pro Tag. Die von der Regierung behaupteten Kontrollen gegen einen Mißbrauch dieser Klausel könne es nicht geben, da die Gewerbeaufsichtsämter hoffnungslos überlastet seien. „Der DGB fordert ein generelles Verbot von Kinderarbeit bis 15 Jahren ohne Ausnahme“, so Rocha.

1997 sind 30 Gelöbnisse geplant

Für 1997 plant die Bundeswehr „etwa 30“ öffentliche feierliche Gelöbnisse und zwei „Große Zapfenstreiche“. Das hat die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag mitgeteilt. In ihrer Antwort protestiert die Regierung zugleich „entschieden gegen Versuche, feierliche Gelöbnisse, Vereidigungen und Große Zapfenstreiche zu diffamieren“. Parallele oder ähnliche Feiern für Zivildienstleistende seien aber nicht geplant, heißt es in der Antwort weiter. Der Grund dafür läge in der Unterschiedlichkeit beider Dienste, behauptet die Regierung. (Ds. 13/5497)

Streit um Lauschangriff

Die Innenpolitiker von Union und FDP streiten sich weiter über den von Innenminister Kanther geplanten „großen Lauschangriff“. Auch ein neuerliches Treffen am 24. September erbrachte keine Einigung. Die FDP-Fraktion weigert sich nach wie vor, den von Minister Kanther und Justizminister Schmidt-Jortzig vorgelegten Entwurf in der vorliegenden Form zu akzeptieren. Die Fraktion fordert, die Genehmigung von Abhörmaßnahmen durch ein Richterkollegium sowie einen jährlichen Bericht über durchgeführte Abhörmaßnahmen an den Bundestag im Grundgesetz festzuschreiben. Ein einfaches Gesetz, wie es die Minister wünschen, reicht der Fraktion nicht, da es mit einfacher Mehrheit jederzeit geändert werden könne. Umstritten ist ferner der Katalog der Straftaten, bei deren Verdacht ein „Lauschangriff“ zugelassen werden soll, und die von der CSU geforderte Legalisierung auch der Videoüberwachung. Am Ende benötigt die Regierung auch noch die Zustimmung der SPD, da für das Vorhaben das Grundgesetz erneut geändert werden müsste – wegen der mit dem Lauschangriff verbundenen Aufhebung diverser Grundrechte.

ABM: CDU-Krüger will neuerliche Lohnsenkung

Der CDU-Abgeordnete Paul Krüger, Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten im Bundestag, hat einen neuen Vorschlag veröffentlicht, wie trotz Ausgabenentlastungen durch Waigel die

ABM-Programme im Osten angeblich dennoch zumindest teilweise erhalten bleiben könnten. Er schlug vor, die Entlohnung der ABM-Kräfte im Osten von jetzt 90% des Tariflohns auf 75% zu senken. Gegenüber dem jetzt ohnehin gesenkten Entgelt (die meisten ABM-Kräfte erhalten keine 40-Stunden-Stelle mehr bezahlt, sondern 30 Stunden oder weniger) wäre das noch einmal eine Reduzierung der effektiv geleisteten Bezahlung um ein Sechstel. Die wenigen ABM-Kräfte, die mit einer solchen „Einsparung“ noch beschäftigt blieben, würden in Einkommensbereiche gedrückt, bei denen sie bald Sozialhilfe beantragen können – trotz Arbeitsvertrag.

Widerstand gegen Rexroths Energiepläne

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt drängt auf eine „Liberalisierung“ der Energiemärkte. Gemeint ist die Aufhebung des Netzmonopols durch die bestehenden Energieunternehmen. Als Folge könnten auch andere Anbieter – beispielsweise französische Energiekonzerne – ihre Energie an deutsche Abnehmer liefern. Angeblich sei diese „Liberalisierung“ von der EU zwingend gefordert, so Rexrodt, und würde oben drein beim Endverbraucher zu Preissenkungen führen. Der Dachverband der 323 deutschen Landkreise dagegen befürchtet, daß diese „Liberalisierung“ allein den Großunternehmen nützt, die sich noch billiger mit Energie eindecken würden, während schon die Klein- und Mittelbetriebe eher eine Verteuerung ihrer Strompreise erwarten müßten, von den Haushalten ganz zu schweigen. Der Deutsche Landkreistag forderte deshalb Rexrodt auf, seine Pläne noch einmal zu überdenken. Auch im Bundeskabinett scheiterte der Minister am 24. September an in der Öffentlichkeit nicht näher erläuterten Widerstand: Rexrodt sei gebeten worden, seine Vorlage noch einmal zu überarbeiten und im Oktober wieder einzubringen, berichtet das „Handelsblatt“ am 25.9.

Rüstung: Industrie drängt

Die Rüstungsindustrie drängt in Bonn energisch auf eine Entscheidung über große Rüstungsprogramme. Daimler-Benz-Vertreter Heinzmann, Vorstandsmitglied der DASA, verlangte am 24. September vor dem Verteidigungsausschuß u.a. eine Verdreifachung der für 1997 für den „Eurofighter“ vorgesehenen Mittel. Minister Rühe will 100 Mio. DM bereitstellen, die DASA verlangt 350 Mio. DM und eine Entscheidung über die Serienproduktion des neuen Kampfflugzeuges noch im November. Auch über den von der DASA gewünschten neuen Kampfhubschrauber („Tiger“) und den Transporthubschrauber „NH90“ müsse noch in diesem Jahr entschieden werden, spätestens auf dem deutsch-französischen „Gipfel“ am 9. Dezember. Der Konzern verlangt auch, das Projekt eines deutsch-französischen Spionagesatelliten weiter zu verfolgen – die französische Regierung will das Projekt aus Geldgründen streichen.

Was kommt demnächst?

Am 5.10. berät in Dublin ein Sondergipfel der EU über die Revisionsverhandlungen zu den Maastrichter Verträgen. Vom 16. bis 19. Oktober ist Herzog zum Staatsbesuch in Frankreich. Am 22. Oktober beginnt der CDU-Parteitag.

Krake RWE – wir kommen!**Essener Grüne laden zu Vorbereitungstreffen ein**

Energiepolitisch gewinnt die Auseinandersetzung mit dem Kraken RWE zunehmend an Brisanz. Die Auseinandersetzung um den ökologisch unverantwortlichen Tagebau Garzweiler II spitzt sich zu. Die GNS (Gesellschaft für Nuklearservice), Tochterfirma des RWE, ebenfalls mit Hauptsitz in Essen, hat gemeinsam mit der Schnelle Brüter Kernkraftwerksgesellschaft beantragt, die Kapazität des atomaren Zwischenlagers Ahaus drastisch zu erhöhen, so daß Ahaus gegebenenfalls als Ersatz und Alternative für Gorleben fungieren könnte.

In Essen prüft die Verwaltung, ob es Sinn machen könnte, wenn die Stadt Essen das Stromnetz übernehmen würde. Die Konzessionsverträge mit dem RWE laufen 2004 aus. Das RWE hat der Stadt bereits gedroht, Firmensitze zum Nachteil der Stadt Essen

zu verlagern, wenn die Stadt dem Konzern nicht weiter zu Willen ist. Dabei wäre die Übernahme des Stromnetzes durch die Stadt nicht nur aus Grüner Sicht ein Schlüssel, um eine andere Energiepolitik vor Ort durchzusetzen und zugleich der Stadt eine gute Finanzquelle zu erschließen.

Drei von vielen Beispielen, bei denen das RWE und seine Energiepolitik im Brennpunkt unserer Kritik stehen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die kommende Jahreshauptversammlung des RWE in der Essener Grugahalle an Brisanz. Sie wird am 12.12.1996 ab 9.00 Uhr in der Essener Grugahalle stattfinden. Der Verein der kritischen Aktionäre im RWE und Grüne planen für diesen Tag eine Protestaktion vor der Grugahalle. Wir bitten Euch im Vorfeld, diesen Termin in Eure Planungen aufzunehmen und Euch zu überlegen, wie Euer Beitrag aussehen könnte.

Ein Vorbereitungstreffen von kritischen Aktionären und Grünen findet am 10.10. 18.00 Uhr, in der Landesgeschäftsstelle des Bündnis 90/Die Grünen NRW in Düsseldorf, Volksgartenstr. 35 statt. Informationen über die konkreteren Planungen folgen.

(aus: Lokalberichte Essen)

Abschiebungen trotz UN-Warnung**Ab 1. Oktober soll nach Bosnien abgeschoben werden**

Die Innenministerkonferenz hat am 19.9. beschlossen, daß die 320.000 in der BRD lebenden bosnischen Flüchtlinge ab 1. Oktober abgeschoben werden können. Den einzelnen Bundesländern bleibt es überlassen, diesen Beschluß sofort oder bis Mitte 1997 umzusetzen.

Berlin, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern bereiten bereits erste Abschiebungen vor. Das Saarland will ab 1. Januar, Rheinland-Pfalz und Brandenburg zum 1. März mit den Abschiebungen beginnen. Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen nennen als frühesten Termin den 1. April 1997. Auch Hamburg will ab 1. Oktober mit der Abschiebung lediger Flüchtlinge und Ehepaaren ohne Kinder beginnen. Natürlich sollen diese „Rückführungen“ – so Hamburgs Innensenator Wrocklage – „stufenweise“, „differenziert“ und „möglichst freiwillig“ erfolgen, aber: „Wer nicht freiwillig zurückkehrt, muß wissen: Er wird zurückgeführt, sobald die objektive Lage dies zuläßt“ (Wrocklage, Pressemitteilung vom 20. Juni 1996).

In früheren Beschlüssen der IMK wurden noch als Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge nach Bosnien „die Sicherheit in der Region, die Achtung der Menschenrechte, der Schutz vor ethnischer Diskriminierung und freie Wahlen und die Errichtung eines demokratischen Regierungssystems“ genannt („Grundsätze der Rückführung von Kriegsflüchtlingen nach Bosnien-Herzegowina“ vom 26.1.1996). Außerdem wurde „bei der Festlegung von Kriterien jeder Rückführung die enge Abstimmung mit UNHCR (UNO-Flüchtlingshilfswerk) für notwendig gehalten. Jetzt sind „Sicherheit“ und „Menschenrechte“ keine Voraussetzungen mehr. In der Beschlussschrift der IMK vom 19. September heißt es unter Punkt 3: „Die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder betrachten die schleppende Entwicklung des zivilen Friedensprozesses, insbesondere die in Teilen Bosnien und Herzegowinas festzustellende Verfestigung ethnischer Trennungen und die damit einhergehenden Sicherheits- und Freiheitsdefizite mit Sorge.“ Stattdessen scheint die Beseitigung von Abschiebehindernissen die einzig relevante Voraussetzung für die Innenminister/-senatoren zu sein.

Innensenator Wrocklage, derzeit auch Vorsitzender der IMK, in der Begründung des IMK-Entscheidungs vom 19. September: „Die Voraussetzung für die Rückkehr der Flüchtlinge haben sich entschieden verbessert. Es gibt ein Abkommen mit den Transitstaaten (Österreich, Schweiz, Kroatien, Slowenien, d. Red.), das Informationsreisen bzw. eine endgültige Rückkehr der Flüchtlinge erleichtert. Mit der Republik Bosnien-Herzegowina und mit der Bundesrepublik Jugoslawien werden Rückübernahmeabkommen abgeschlossen“ (19.9.1996).

Von einer „engen Abstimmung mit UNHCR“ (das Flüchtlingshilfswerk hat nach dem Dayton-Abkommen das Mandat für die Regelung der Flüchtlingsfragen) kann keine Rede sein. Gerade diese Institution warnt seit Monaten davor, die Flüchtlinge schon jetzt oder in den nächsten Monaten nach Bosnien zurückzuschicken. UNHCR-Sprecher Kris Janowski sagte in Sarajevo, es sei für eine Rückführung von Flüchtlingen zu früh. Auch die vom UNO-Flüchtlingskommissariat angeblich ausgewiesenen „sicheren“ 22 Gebiete in Bosnien sind nach UNHCR-Angaben bei entsprechender Wiederaufbauhilfe bisher nur sicher für die Angehörigen der dort dominierenden ethnischen Gruppe. Wrocklage und seine Kollegen, die Abschiebungen unter Berufung auf diese Gebiete durchführen wollen, wissen das genau und auch, daß UNHCR dort nicht Flüchtlinge aus Deutschland, sondern einen Teil der über eine Million Binnenflüchtlinge unterbringen will. Aus Umfragen ist bekannt, daß die meisten Flüchtlinge aus Angst vor einem neuen Krieg zur Zeit nicht nach Bosnien zurückkehren wollen. Daß diese Angst berechtigt ist, zeigen die Medien täglich. Für einige Innenminister/-senatoren sind diese Flüchtlinge, „Drückeberger“, die bestraft werden müssen. Ab 1. Oktober dürfen die Länder die Sozialhilfe für bosnische Flüchtlinge, die einer Aufforderung zur freiwilligen Rückkehr nicht nachkommen, um 20 % (der üblichen Satz für Asylbewerber) kürzen. Ob das auch in Hamburg praktiziert wird, ist noch offen, „entscheiden muß das bei uns der Sozialsenator“ (Wrocklage).

(bab)
Quellen: Hamburger Abendblatt 18.9. 20.9.96; Mopo 19.9.96; Handelsblatt 23.9.96

Zeit für einen „Solidar-pakt gegen Seehofer“?

Eine Verständigung zwischen allen am Gesundheitswesen Beteiligten gegen die Politik des CSU-Ministers ist an der Zeit

Seit seinem Amtsantritt verfolgt Seehofer das Ziel, die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung zu zerstören. Es ist die einzige solidarische Gemeinschaft, in der alle gleich behandelt werden, unabhängig von ihrem Einkommen, d.h. unabhängig von ihrer Beitragshöhe.

Bisher haben die Sachverständigen der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen herumgeknobelt, wie der Gesundheitsminister es hinkriegen könnte, die Gesundheitsversorgung auf ein Mindestmaß einzuschränken und die Lohnabhängigen zu zwingen, für alles darüber hinaus gehende eine Zusatzversicherung abzuschließen. Im Jahr 1994 etwa stellten sie fest, daß es wissenschaftlich gesehen keine rationalen Kriterien für die Festsetzung der minimalen Grundsicherung gebe. Sie haben festgestellt, daß alles, was es in anderen Ländern an Vorschlägen und Versuchen gibt, in der BRD nicht durchsetzbar wäre, weil ein erheblicher Konflikt mit Vorstellungen aufbreche wie „Der Arzt ist nur dem Wohle seiner Patienten verpflichtet“ oder „Gesunde und Kranke, Besser- und Schlechterverdienende bilden eine Solidargemeinschaft“ (Sachstandsbericht 1994).

Diese ethischen Grundsätze sind sehr fest verankert. Wenn die Sachverständigen schon keinen gangbaren rationalen Weg aufzeigen konnten, dann sollten Meinungsumfragen unter den Versicherten Einfallstore aufzeigen, durch die die Solidarität zerstört werden könne.

Im Bericht 1995 stellte der Sachverständigenrat Umfrageergebnisse vor: Die befragten Mitglieder von Innungskrankenkassen waren zu 81% mit den kurativen Leistungen und zu 86% mit den Vorsorgeleistungen ihrer Krankenkasse zufrieden. Ein großer Leistungsumfang ist für 93% am wichtigsten, gefolgt von guter Kundenbetreuung (78%) und niedrigen Beiträgen (73%).

Mehr als die Hälfte der befragten Mitglieder würde auch höhere Beiträge zahlen, wenn dafür der Zahnersatz komplett übernommen und alternative Heilmethoden in den Leistungskatalog aufgenommen würden.

Das Bremer Zentrum für Sozialpolitik hat in einer Studie 1993 festgestellt, daß Selbstbeteiligung mehr abgelehnt

wird als Beitragserhöhung und zwar auch von gesunden Befragten. Es gibt Umfragen von Meinungsforschungsinstituten, die feststellen, daß in keiner Frage die Ansichten der Leute sich mehr von der Politik unterscheiden wie in der Gesundheitspolitik (über 80%).

Einen direkten Angriff auf die Wertvorstellungen der Menschen in diesem Lande hat Seehofer vermieden. Er höhlt aus, indem er immer mehr Verwirrung stiftet. Einen Tag heißt es, er wolle den jetzt jungen Leuten den Zahnersatz nicht mehr zubilligen. Dann verspricht er den Pharmakonzernen Absicherung ihres Hochpreismarktes in der BRD (Dieselben Arzneimittel, die im Ausland zum halben Preis zu haben sind, dürfen nicht mehr reimportiert werden.) Dann heißt es, Ärzte würden für Gespräche etwas bessere Bezahlung bekommen. Ein paar Monate später wird alles wieder rückgängig gemacht und die Ärzte riskieren die Pleite, wenn sie zu viel Wert auf Gespräche, d.h. auf Verständigung mit ihren Patienten, legen. Nun organisiert Seehofer weiteres Chaos.

Mit der angekündigten 3. Stufe der Gesundheitsreform (siehe Dokument) werden die Krankenkassen gezwungen, unter allen und jeden Umständen die Beiträge konstant zu halten, bei Strafe des Bankrotts, weil ja die Mitglieder bestraft werden durch höhere Zuzahlung, wenn die Beiträge erhöht werden müssen und den Mitgliedern wird dafür das Recht eingeräumt, ihre Krankenkasse zu ruinieren, indem sie kurzer Hand wechseln. Aber wohin? Die Versicherungsbedingungen sollen sich ja verschieden entwickeln in den einzelnen Kassen. Wer soll da noch durchblicken?

Die Ausweitung von Leistungen z.B. für Gesundheitsförderung ist den Krankenkassen gestattet, aber nur unter der Bedingung, daß Beiträge für diese Leistungen nur von der Versichertengemeinschaft getragen werden und der Arbeitgeberanteil entfällt.

Für den Krankenhausbereich teilt Seehofer mit, daß für Instandhaltung die Krankenkassen nicht belastet werden dürfen, daß die Krankenhäuser, wenn sie mehr leisten, als ihnen vorgeschrieben wurde, z.B. weil eben mehr Kranke eingewiesen wurden, nur geringe Zahlungen erhalten und sie kriegen

Stellungnahme des VdK

In einer Presseerklärung des VdK vom 3.9.96 hieß es bereits u.a.:

„... Nach den Worten des VdK-Präsidenten ist Beitragsstabilität in der Krankenversicherung „kein gesundheitspolitischer Wert in sich“. Wer diese zum Fetisch erhebe, mute der Krankenversicherung Finanzierung „auf Pupp“ zu oder zwingt sie zu Leistungsausgrenzungen, die auf ein Aushöhlen der solidarischen Krankenversicherung hinauslaufen. ... Eigenverantwortung ... gedeihe nur unter dem Dach der Freiheit. Krankenkassen, Ärzte, Krankenhäuser und Patienten dürften sich deshalb nicht länger von Seehofer auseinanderdividieren lassen, wie er dies bisher mit Erfolg praktiziert habe, bekräftigte Hirrlinger sei-

nen Aufruf zu einem großen „Solidarpakt im Kampf der Demokraten für ein solidarisch gestaltetes Gesundheitswesen“, das allen Versicherten als Patienten gleichermaßen – auch in der Vorsorge – die Leistungen garantiere, die medizinisch notwendig seien, und das eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ausschließe.

„Noch bis vor kurzem habe der Bundesgesundheitsminister behauptet, im Gesundheitswesen steckten 25 Milliarden Mark Wirtschaftlichkeitsreserven. Hirrlinger forderte Seehofer auf, diese Reserven offenzulegen. Denn bei Mobilisierung eines solchen Riesensparblocks in genannter Höhe könnte der Krankenkassenbeitrag um 1,5 Punkte gesenkt werden, ohne dabei den von der Bonner Koalition jetzt eingeschlagenen Weg des Ausgrenzens von Leistungen über Rationalisierungsgesetze auch nur betreten zu müssen.“



dafür freie Hand, ihre Finanzprobleme auf dem Rücken der Beschäftigten und der Patienten auszutragen, indem die bundeseinheitliche von der ÖTV erkämpfte Pflege-Personalregelung aufgehoben wird.

Der Vorschlag vom VdK (siehe Dokument) ist in dieser Lage vernünftig und entspricht dem weit verbreiteten Bedürfnis, durch gemeinsame sachliche Diskussion die Probleme der Gesundheitsversorgung aufzuklären und einer solidarischen Lösung zuzuführen. Auf zentraler Ebene kann diese Diskussion sich nicht entfalten, sonst hätte die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen längst was brauchbares zustande gebracht. Diese Diskussion muß sich auf konkrete Erfahrungen und konkrete Daten und Fakten stützen können. Dabei geht es selbstverständlich auch um

die Kosten. Warum sollen die Patienten nicht Bescheid kriegen über die Höhe des Tagessatzes in ihrem Krankenhaus und auch darüber, wofür das Geld ausgeben wird. Die Ärzte können Auszüge der Gebührenordnung und die Kostenstruktur ihrer Praxis auf eine Wandzeitung schreiben. Die Solidarität geht nicht verloren, wenn die verschiedenen Interessen der am Gesundheitswesen Beteiligten offen zur Diskussion gestellt werden, sondern umgekehrt, wenn sie sich gegeneinander aufhetzen lassen. Die Solidarität kann nicht erhalten werden im Vertrauen auf staatliche Absicherung, sondern nur durch Verständigung zwischen den Betroffenen, was dann ganz sicher Rückwirkungen auf die Politik haben wird.

(sul, AG Gesundheitspolitik Hamburg)

Das Seehofer-Papier

Eckpunkte zur Fortführung der 3. Stufe der Gesundheitsreform (Auszüge)

1. Ausgangslage

Die erneut defizitäre Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung im 1. Halbjahr 1996 verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf. Solide Finanzgrundlagen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und Überwindung der Beschäftigungsprobleme.

2. Ausweitung der Versichertenrechte

Mit der Einführung der freien Kassenwahl sind die Rechte der Versicherten in der GKV grundlegend verbessert worden. Sie werden durch folgende Maßnahmen weiter ausgebaut:

– Die Versicherten haben gegenüber den Leistungserbringern das Recht, über die von ihnen in Anspruch genommenen Leistungen und Kosten unterrichtet zu werden ...

– alle Versicherten haben die Wahl zwischen Sachleistung und Kostenerstattung ...

– Versicherte haben ein außerordentliches Recht auf Wahl einer anderen gesetzlichen Krankenkasse, wenn ihre Krankenkasse die Beiträge erhöht ...

3. Ausweitung der Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung

3.1 Die Krankenkassen können in ihrer Satzung folgende Regelungen vorsehen:

– Selbstbehalt im Rahmen der Kostenerstattung mit entsprechender Beitragsermäßigung;

– Beitragsrückzahlung;

– Erhöhung bestehender Zuzahlungen.

3.2 Die Krankenkasse kann in ihrer Satzung Leistungen des geltenden Rechts erweitern und Leistungen der Gesundheitsförderung und Prävention ... einführen; Beiträge für diese Leistungen sind von der Versichertengemeinschaft allein zu tragen. Diese Leistungen werden im Risiko-

strukturausgleich nicht berücksichtigt.

3.3 Die Krankenkassen können außerdem folgende Leistungen durch Satzung nach Art und Inhalt gestalten (Gestaltungsleistungen):

– Häusliche Krankenpflege,

– Fahrtkosten ...

– Kuren und Rehabilitation ...

– Heilmittel ...

Damit wird das Volumen für die Gestaltung von Leistungen durch die Krankenkassen erheblich erweitert ... Beitragssatzanhebungen aufgrund von Aufwendungen für diese Gestaltungsleistungen sind ausgeschlossen.

5. Beiträge

Die Krankenkassen verfügen über genügend rechtliche Möglichkeiten, um eine wirtschaftliche Mittelverwendung und Beitragsstabilität zu gewährleisten. Sie werden durch dieses Reformpaket noch einmal deutlich ausgeweitet. Hebt eine Krankenkasse dennoch ihren Beitragssatz an, wird kraft Gesetzes jede Zuzahlung für Versicherte dieser Krankenkasse entsprechend erhöht. Bei einer Beitragsanhebung um beispielsweise 0,1% werden in DM ausgedrückte Zuzahlungen

um 1 DM und in Prozentpunkten ausgedrückte Zuzahlungen um 1%-Punkt erhöht.

8. Stationäre Versorgung

8.1 Pflege-Personalregelung

Die Pflege-Personalregelung wird aufgehoben. Damit wird die Entwicklung von Maßstäben und Grundsätzen für die Personalbemessung wieder in die Hände der Selbstverwaltungspartner von Krankenhäusern und Krankenkassen gelegt ...

8.2 Instandhaltungsaufwendungen

Mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft wird auf eine Lösung zur Finanzierung von Instandhaltungsaufwendungen hingewirkt, die nicht zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der GKV führen.

8.3 Finanzierung Krankenhausbetrieb

Die Krankenhausbudgets und die Preise der Fallpauschalen und Sonderentgelte entwickeln sich maximal wie die Grundlohnräte (Obergrenze). Dies wird für das Jahr 1997 mit 1,3% gesetzlich vorgegeben ... Mehrleistungen in einem Geschäftsjahr im Bereich der Budgetleistungen werden zu 12,5%, bei den Fallpauschalen und Sonderentgelten zu 25% vergütet.

Warum nicht alle Volkskammer-Abgeordneten anklagen?

Hans Fricke zum Berliner Urteil gegen die Führung der Grenztruppen der DDR

Mit der Verurteilung der Generale der Führung der Grenztruppen der DDR durch die 36. große Strafkammer des Landgerichts Berlin am 10. September 1996 bekräftigte die Justiz ihre Entschlossenheit, den politischen Auftrag zur Delegitimierung der DDR zu erfüllen. Der Verlauf dieses Prozesses hat deutlich gemacht, daß es der Kammer von Anfang an darum ging, die historischen Ursachen für Grenzregime und Mauerbau auszuklammern und das rechtmäßige militärische Handeln der Generale mit Hilfe zweifelhafter Rechtskonstruktionen zu bestrafen.

Vorverurteilung in den Medien mit Beihilfe des Staatsanwalts

Auch vor und während dieses Verfahrens gab es das schon gewohnte Zusammenspiel zwischen Staatsanwaltschaft und Medien. So konnte *Bild* bereits sieben Monate vor Prozeßbeginn eine Artikelserie unter der Überschrift „Die Anklage gegen die Mauerschützen-Generale“ veröffentlichen, in der sich der Autor Claus Simon ausdrücklich auf Informationen der Oberstaatsanwältin Susanne Leichter berief und erklärte, die Anklage liege *Bild* exklusiv vor. Am 20. Oktober 1995 wurde vom Sender „B 1“ und nachfolgend von anderen Sendern mehrfach eine Fernsehdokumentation ausgestrahlt, in welcher der Leiter der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, Generalstaatsanwalt Schaeffgen, und Oberstaatsanwalt Jahnitz vor Prozeßbeginn de facto eine Vorverurteilung der Angeklagten vornahmen. Die „Mobilisierung“ der öffentlichen Meinung erhärtet den Verdacht, daß es den genannten Vertretern der Staatsanwaltschaft um eine politisch motivierte öffentliche Vorverurteilung der Generale ging, ein Verhalten, das gerade durch die Strafdrohung des § 353 StGB verhindert werden soll. (...)

Die DDR-Generale handelten als „Vollzugsorgan“ ihres Staates

Daß unter derartigen Bedingungen mit einem rechtsstaatlich-fairen Prozeß nicht zu rechnen war, lag auf der Hand. Das unterstreicht die Notwendigkeit, die Kernpunkte der mündlichen Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden Richter Friedrich-Karl Föhrig nicht unwidersprochen zu lassen. Schon seine Eingangsbemerkung, Aufgabe eines Strafverfahrens sei Überprüfung und ggfs. Sühne individueller Schuld und könne es nicht sein, „historische Aufarbeitung eines Staates zu betreiben“, zeigt, wie überfordert das Gericht mit dem ihm abverlangten Handeln war und wie haltlos deshalb seine Argumentation blieb. Da die Generale nicht als Individuen, sondern als ein mit der Durchführung von Gesetzen und Verordnungen beauftragtes staatliches Vollzugsorgan, also gleichsam als Staat, tätig gewesen sind, entbehrt das Vorgehen des Gerichts, ihnen dafür „individuelle Schuld anzulasten, jeder Grundlage.

Obwohl das Gericht eingestehen mußte, daß das Grenzregime DDR-Gesetzen entsprach und die Tätigkeit der Generale „DDR-rechtlich abgesegnet“ war, verurteilte es dennoch den Chef der Grenztruppen wegen mehrfachen versuchten und vollendeten Totschlags, weil er (eben auf Grundlage dieser DDR-Gesetze, zur Durchsetzung dieses Grenzregimes und im Rahmen seiner DDR-rechtlich abgesegneten militärischen Pflicht) den jährlichen Befehl Nr. 80/... über die Aufgaben der Grenztrup-

pen erlassen hat und seine fünf Stellvertreter wegen Beihilfe dazu, weil sie an der Erarbeitung dieses Befehls mitgewirkt haben.

Die Konsequenz dieser „Logik“ der Kammer wäre doch, daß die Justiz nicht die Soldaten und Offiziere der Grenztruppen, also diejenigen, denen lediglich die Durchsetzung des Grenzgesetzes der DDR, einschließlich des §27 (Anwendung von Schusswaffen) oblag, vor Gericht zu stellen, sondern alle Volkskammerabgeordneten, die dieses Gesetz als Grundlage des Grenzregimes und des Dienstes der Grenztruppen beschlossen haben. Dann müßten die Sieger nämlich auch alle Volkskammer-Abgeordneten der DDR-Blockparteien anklagen und bestrafen, die diesem Gesetz ihre Zustimmung gegeben haben. Nicht wenige von ihnen sind aber seit dem Anschluß der DDR als Mitglieder, Abgeordnete oder Mandatsträger der Koalitionsparteien eine wichtige und zuverlässige Stütze der Bundesregierung.

Es lohnt ohnehin, darüber nachzudenken, warum bei der Abrechnung mit der DDR die in der obersten Volksvertretung dieses angeblichen „Unrechtsstaates“ für die Gesetzgebung mitverantwortlichen christlich-demokratischen und liberalen Abgeordneten außen vor bleiben, warum so getan wird, als hätte es deren politische Verantwortung nie gegeben. Und wenn dann noch Richter Föhrig erklärt: „Jeder, der diese Befehle erließ oder an verantwortlicher Stelle an ihrem Zustandekommen mitwirkte, setzte, juristisch gesprochen, eine 'causa' für den Tod des 'Grenzverletzers' ...“ und dabei jene unerwähnt läßt, die das Gesetz als Grundlage einer solchen Befehlsgebung beschlossen haben, dann bleibt nur der Schluß, daß das eigentliche Ziel der Verfolgung von DDR-Bürgern in Wahrheit die Marxisten, Sozialisten und Kommunisten unter den Funktions- und Hoheitsträgern der DDR sind.

Für den Chef der Grenztruppen war es militärische Pflicht, den ebenfalls jährlich erlassenen Befehl Nr. 101/... des Ministers für Nationale Verteidigung unter der Ordnungsnummer 80 inhaltlich an die Kommandeure der ihm unterstellten Verbände und Lehrinrichtungen weiterzugeben, die ihrerseits für eine inhaltliche Weitergabe dieses Befehls unter der Ordnungsnummer 40 zu sorgen hatten, bis schließlich der Befehl mit der Ordnungsnummer 20 die Einheiten der Grenztruppen erreichte. (...)

Begreiflich, daß sich Richter Föhrig vehement gegen den Vorwurf wehrte, das Verfahren sei Ausdruck von Siegerjustiz. Dabei verwies er auch auf die Höhe der Strafen. Die Strafhöhe allein ist aber nicht Maßstab für Siegerjustiz, sondern die Begründung der Strafe, der Mißbrauch des Strafrechts zur politischen Abrechnung mit dem unterlegenen Gegner und die Mißachtung des eigenen Rechts und des Völkerrechts mit dem Ziel ihrer Verurteilung.

Der Kammervorsitzende nahm auch den Brief, den vier der angeklagten Generale bereits im Sommer 1991 an die Präsidentin des Bundestags geschrieben hatten, zum Anlaß, um gegen Argumente ihrer Verteidigung zu polemisieren. Darin hätten sie „mannhaft und den Diensträngen“ angemessen die Verantwortung „für die Toten an der Mauer“ übernommen und gebeten, „den kleinen Soldaten nicht zu verfolgen“. Das ist eine sinnentstellende Wiedergabe des Briefinhalts und des Anliegens der Generale. In ihrem Brief hatten sie die Bundestagspräsidentin gebeten, die ih-

nen „unterstellten Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere von Strafverfolgung für die in Ausübung ihres Dienstes an der Grenze begangenen Handlungen freizustellen“, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie „ihren Dienst auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR, des Fahnenes und erteilter Befehle“ geleistet haben. (...) Daß die Verantwortung „für die Toten an der Mauer“ eine sich aus der Führung des Kalten Krieges ergebende Verantwortung ist, die deshalb sehr viel weiter reicht und neben den Siegermächten auch beide deutsche Staaten einschließt, wurde von den Angeklagten und ihren Verteidigern immer wieder nachgewiesen. (...)

Nach Föhrigs Worten teile die Kammer die „rechtliche Betrachtungsweise“ des BGH. Entsprechend den Grundsätzen der Menschenrechte hätten die Grenzsoldaten nicht auf unbewaffnete Flüchtlinge schießen dürfen. „Bedingter Vorsatz“ liege vor, wenn die tödliche Verletzung eher als die Flucht in Kauf genommen werde. Jeder, der dazu Befehle erließ, sei als Täter oder Gehilfe eines Totschlags anzusehen.

Menschenrechtsverletzungen „mit bedingtem Vorsatz“?

Abgesehen davon, daß die Kammer nicht in der Lage war, dafür auch nur einen schlüssigen Beweis zu liefern und sich deshalb in Vermutungen darüber erging, ob die Angeklagten „die Rechtswidrigkeit ihres Handelns“ erkannt haben, ist eine solche Rechtskonstruktion unhaltbar. Schon das Urteil des BGH vom 3.11.92 zu einem sog. Grenzerprozeß, wonach der Verstoß gegen „höher-rangiges Recht“ eine Berufung auf durch DDR-Recht gedecktes amtliches Handeln ausschließt, wirft Grundfragen des Rechts auf, auf die die Justiz bisher eine Antwort schuldig geblieben ist.

(...) Die von der UNO proklamierten Menschenrechte haben bekanntlich keine Gesetzeskraft und sind deshalb mehr eine moralische als eine juristische Kategorie. Menschenrechtsverletzungen betreffen ein Handeln, das in vollem Umfang gegen die Menschen gerichtet ist. Schon im Prozeß gegen Erich Honecker und andere bestätigte das Landgericht Berlin und auch der Bundesgerichtshof, daß die Angeklagten alles getan hätten, um zu verhindern, daß geschossen wird. Letztlich befanden die Gerichte, hätten sie die Todesfälle in Kauf genommen. Das nennt die Justiz den „bedingten Vorsatz“. Menschenrechtsverletzungen mit bedingtem Vorsatz – das heben namhafte Juristen ausdrücklich hervor – gibt es aber nicht.

Um dennoch das verfassungs- und gesetzeskonforme militärische Handeln der Generale bestrafen zu können, mußte sich die Kammer dem politischen Zeitgeist folgend über diese Rechtslage ebenso hinwegsetzen wie über Bestimmungen des Strafgesetzbuches, das Rückwirkungsverbot des Grundgesetzes und das Völkerrecht. (...)

Auch die 36. Große Strafkammer ging davon aus, daß die Grenzsoldaten Menschen eher töten sollten, als sie fliehen zu lassen. Als „Beweis“ dafür verwies sie auf eine Passage im jährlichen Befehl Nr. 101/... des Ministers für Nationale Verteidigung. Danach waren Grenzverletzer „festzunehmen“ oder „zu vernichten“. Hätte das Gericht sich die Mühe gemacht, die Systematik dieses Befehls zu erfassen, dann wäre festgestellt worden, daß den Grenztruppen zwei Aufgaben gestellt wurden:

– den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze ununterbrochen zu gewährleisten, Grenzdurchbrüche und die Ausdehnung von Provokationen nicht zuzulassen und Grenzverletzer festzunehmen;

– jederzeit bereit zu sein, bewaffnete Überfälle subversiver Kräfte entschlossen abzuwehren und im Falle einer Aggression Gefechts-handlungen zur Sicherung und Verteidigung der Staatsgrenze ... zu führen.

Bei der erstgenannten Aufgabe war ... der Schusswaffengebrauch nur als letztes Mittel zur Festnahme – also nur zur Verletzung, nicht zum Töten des Grenzverletzers – erlaubt. (...)

Die militärische Aufgabenstellung „vernichten“ war auf die Abwehr bewaffneter Übergriffe, die Bekämpfung von bewaffneten Diversanten und Terroristen oder von Angehörigen regulärer gegnerischer Streitkräfte im Verteidigungsfall gerichtet. (...) Bei einer militärischen Aufgabenstellung kommt dem Wort „vernichten“ die Bedeutung zu, den Gegner kampfunfähig, d.h. im militärischen Sinne handlungsunfähig zu machen. (...)

In keiner Region der Erde standen sich stärkere militärische Potentiale in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüber als hier. Dabei haben die Grenztruppen die komplizierte Aufgabe, mögliche Konflikte und Zwischenfälle an dieser Grenze nicht entstehen bzw. sich nicht ausweiten zu lassen ... Und diesen für die Erhaltung des Friedens in Europa so wichtigen Auftrag haben sie unter oft sehr schwierigen Bedingungen jahrzehntelang in Ehren erfüllt.

Die Achtung vor den Opfern an der Grenze verlangt Objektivität

An dieser Grenze wurden Wunden gerissen, gab es großes menschliches Leid. Die Toten und Verletzten auf beiden Seiten gehören zu den tragischen Folgen des Kalten Krieges, der von beiden Paktsystemen geführt wurde. Die Achtung vor den Opfern und das Leid der Angehörigen verlangen größte Objektivität, Sachlichkeit und Beachtung der Bedingungen, die dazu geführt haben.

Wer das alles nicht wahrhaben will, sondern eine strafrechtliche Verantwortung allein denjenigen aufbürden will, die als Militärs bemüht waren, das Schlimmste zu verhindern, handelt aus Unkenntnis des realen Geschichtsablaufs, aus Böswilligkeit oder aus dem Bedürfnis heraus, mit der Verurteilung dieser Militärs eine besondere Form sozialer Revanche zu realisieren. (...) Mit diesem Pilotprozeß ... soll der Weg freigemacht werden für eine Prozeßwelle größten Ausmaßes gegen Angehörige der Grenztruppen ... Schon heute sind mehr als 30 Generale und andere hohe Offiziere der Grenztruppen angeklagt, wobei alle Anklageschriften das gleiche Grundmuster und den gleichen Grundtenor haben. Mehr als 60 Strafverfahren gegen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Grenztruppen wurden bisher abgeschlossen, in denen etwa 150 bis 170 ehemalige Angehörige der Grenztruppen angeklagt und größtenteils auch verurteilt wurden. (...)

Hans Fricke war bis 1975 Kommandeur der DDR-Grenztruppen. 1993 erschien von ihm im GNN-Verlag das Buch „Davor – Dabei – Danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen berichtet.“ Sein Beitrag wurde aus Platzgründen gekürzt. Zwischenüberschriften von der Redaktion.

„Diyarbakir hat sich nun in ein Todesfeld verwandelt“

10 PKK-Gefangene ermordet / Erklärung des IHD

Am 24. September ermordeten im Gefängnis von Diyarbakir Kräfte der türkischen „Staatsicherheit“ mindestens 10 kurdische politische Gefangene. Die Gefangenen wurden von Spezialkommandos, Gendarmerie und Polizei mit Schußwaffen und Knütteln angegriffen. Zehn Gefangene kamen ums Leben, weitere 23 wurden schwer verletzt. Augenzeugen berichteten, Haftzellen seien in Brand gesteckt worden. Wenige Tage zuvor hatte die PKK als eine erneute Geste ihres guten Willens mehrere türkische Kriegsgefangene unversehrte ihren Familien übergeben. Die Antwort des Regimes: Das Massaker von Diyarbakir. Hier eine erste Erklärung des Menschenrechtsvereins IHD zu diesem Massaker und weiteren Morden in der Umgebung von Diyarbakir in den letzten Tagen:

„Ab dem 14.9.96 wurden in der Umgebung von Diyarbakir innerhalb von vier Tagen neun Leichname von schwer gefolterten und verbrannten Personen, die bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht alle identifiziert werden konnten, aufgefunden.“

Einige Angehörige dieser Ermordeten hatten sich zuvor mit unserem Büro in Diyarbakir in Verbindung gesetzt, weil ihre Angehörigen bei einem Überfall von Zivilpolizisten auf ihre Wohnungen verhaftet wurden. Nachfragen über diesen Überfall bei dem Staatssicherheitsgericht blieben unbeantwortet.

Während gestern Staatspräsident Süleyman Demirel in Diyarbakir eintraf, wurde ein Angriff auf das E-Typ-Gefängnis in Diyarbakir durchgeführt. In Folge dieses Angriffs wurden bis zum jetzigen

Zeitpunkt 12 Menschen ermordet und 12 schwer verletzt. Nur acht der Ermordeten konnten bislang identifiziert werden. Es konnte festgestellt werden, daß ein Großteil der Todesfälle in Folge von schweren Kopfverletzungen verursacht wurden. Die Namen der bisher identifizierten toten Gefangenen sind: Edip Dönekci, Nihat Cakmak, Erkan Perisan, Ridvan Bulut, Hakki Tekin, Ahmet Celik, Mehmet Sabri Gümüş, Cemal Cam, Mehmet Aslan. Die Namen der bei diesem Angriff verletzten Gefangenen sind: Ramazan Nazlier, Mehmet Aslan, Yasin Alevcan, Ramazan Korkar, Mehmet Emin, Iskan Osal, Kenan Acar, Abdullah Eflatun, Hakki Bozkus, Bedri Bozkus, Emin Mizrak.

Die offiziellen Erklärungen über die Ursache dieses Vorfalles sind widersprüchlich. Nach offiziellen Angaben soll ein Verlegungsantrag für Gefangene, die angeblich Geständnisse beiliegten, an das Justizministerium gefaxt worden sein. Nachdem binnen einer Stunde eine positive Antwort seitens des Justizministeriums eintraf und die Verlegung begonnen wurde, ereignete sich der Vorfall. Es wurde bekannt, daß die Gefangenen sich der Verlegung widersetzen, da sie den Abmachungen mit der Gefängnisverwaltung widerspricht. (...) Wir rufen die Öffentlichkeit dazu auf, gegenüber der jüngst angewandten Gewaltpolitik gegen das kurdische Volk nach Aufmerksamkeit zu sein und laden erneut die demokratischen Massenorganisationen und Intellektuellen nach Diyarbakir ein, um die Situation vor Ort zu untersuchen.“

gez. Mahmut Sakar, IHD-Vizepräsident und Vorsitzender des IHD Diyarbakir, 25.9.96

Polizeiaktionen gegen MED-TV

Vorwand: Verdacht auf „Geldwäsche“ / Festnahmen

Am 18. September wurden europaweit die Büros des kurdischen Fernsehsenders MED-TV durchsucht. Der Hauptsitz mit Studioanlagen und umfangreicher Technik in Brüssel wurde von den belgischen Behörden versiegelt, Computer und Unterlagen wurden beschlagnahmt. In der Bundesrepublik kam es an diesem Tag zu mehreren Durchsuchungen bei Angehörigen von MED-TV-Sprechern.

Die offensichtlich europaweit koordinierte Polizeiaktion in Belgien, Luxemburg, England, der Schweiz und der BRD, die auch das kurdische Exilparlament in Brüssel traf, wurde begründet als staatliche Kampfmaßnahme gegen das organisierte Verbrechen, bei MED-TV handele es sich um eine Geldwaschanlage von Spenden und Schutzgelderpressung. In London stürmten Beamte der politischen Abteilung von Scotland Yard unter dem Vorwand des „Antiterrorismus-Gesetzes“ den Sender. Schon Tage zuvor berichteten türkische Medien von einer bevorstehenden Aktion gegen MED-TV. Auf der letzten Konferenz der „G-7“ soll laut MED-TV eine „Anti-Terrorismus“-Beratung stattgefunden haben. Dabei wurde u.a. MED-TV in einer Katalog von angeblichen terroristischen Organisationen aufgenommen. Offenbar tut sich eine neue anti-kurdische Allianz zumindest von europäischen Staatsschutzbehörden auf, die auf türkischen und wohl auch deutschen Druck hin entstanden ist.

Der Direktor von MED-TV, Hikmet Tabak erklärte zu den Polizeiübergriffen: „Diese Kriminalisierung des Rundfunksenders einer Sprachminderheit zeigt den

enormen Druck, der auf jede Ausübung kurdischer Kultur ausgeübt wird.“

Dies ist innerhalb weniger Monate der zweite größere Versuch europäischer Behörden, die Sendungen von MED-TV zu unterbinden. MED-TV ist in Europa und Mittelost via Satellit zu empfangen. Im Juni beendete ein portugiesischer Eusatel-Gesellschafter den Vertrag mit MED-TV. Die polnische Telecom beendete nach wenigen Tagen einen Sendevertrag. Die französische Telecom mußte auf Regierungsdruck ein entsprechende Vereinbarung ebenfalls aufkündigen. Die deutsche Zeitschrift Focus übernahm die Hetzkampagne der türkischen Medien, die MED-TV als „PKK-TV“ beschimpfte, und meldete aus Sicherheitskreisen, daß Bonn und Ankara seit Monaten auf ein Ende von MED-TV gedrängt haben. Die deutsche Gesellschaft, die den Satelliten „Kopernikus“ betreibt, hatte ein halbes Jahr zuvor den Vertrag mit MED-TV nicht verlängert mit der Begründung, Med-TV kritisiere die deutsche Politik. MED-TV sendete einige Tage nicht mehr, bis über die USA ein neuer Satellitenzugang gefunden wurde.

Jetzt konnte MED-TV zwei Tage nur mit „Konserven“ senden, am 21. September wurde wieder den ganzen Tag live vom Kurdistanfestival in Köln berichtet: Ein holländischer und ein belgischer Sender sicherten mit ihrer Technik die Aufnahmen und die Übertragung auf den Satelliten. Auch wurde MED-TV Unterstützung von Sendern aus Schweden, Griechenland und Moskau zugesichert. So konnte MED-TV ab 24. September wieder live mit der Nachrichtenberichterstattung beginnen. (rub)

Ein Friedensfestival

Bilder und Grußadressen an das Kurdische Festival in Köln am 21. September

60.000 bis 70.000 Menschen füllten am 21.9. in Köln das Müngersdorfer Stadion zum 4. Kurdistan-Festival in Europa – dem ersten in der BRD seit Kanthers PKK-Verbot 1993. Hier Auszüge aus Grußadressen. Bild unten: Hacky Hagemeyer.

Wir zahlen den Preis dafür, daß man in einem Land wie der Türkei nur unter schwierigen Bedingungen Politik machen kann, die den Völkern Frieden, Freiheit und Brüderlichkeit bringen soll. Ich glaube daran, daß es schließlich Frieden, Freiheit und Brüderlichkeit geben wird. Obwohl wir nicht unter Euch sein können, erleben wir diesen Tag mit der gleichen Begeisterung. Wir wünschen Euch einen guten Verlauf dieses Festivals. Ich hoffe, daß in Zukunft Feste wie diese in Freiheit gefeiert werden können.

Murat Bozlak, HADEP-Vorsitzender



Wie stark unsere Feinde sein mögen, nichts kann einem organisierten und geführten Volkswillen widerstehen. In dieser Zeit müssen wir dies beweisen. Nun muß unser Herz, unser Verstand und unsere Seele auf das freie Kurdistan ausgerichtet sein. Wir glauben, daß in dieser Hinsicht unser 4. Friedensfestival eine treibende Rolle spielen wird. Im Namen der PKK-Kriegsgefangenen in den Kerkern der Türkei und Kurdistan: Sabri Ok, M. Can Yüce und Muzaffer Ayata



Die Grußadresse der in der Türkei inhaftierten Abgeordneten der Demokratie-Partei (DEP):

An das Festivalskomitee

Sehr geehrte Freunde,

An diesem Friedensfestival wären wir gern mit Euch zusammen gewesen. Aber wie Ihr wißt, befinden wir uns seit mehr als 30 Monaten hinter eisernen Türen zwischen Mauern, die taub und kalt sind. ...

Wir wünschen uns, daß dieses schöne Fest in einem unabhängigen und freien Land gefeiert werden könnte. Wir glauben, daran, daß diese Tage nicht fern sind. Schon jetzt haben wir diese gute Nachricht vernommen. ...

Heute gehen die Kurden aufrecht. Heute rufen sie mit lauter Stimme der Welt entgegen: „Wir sind auch Menschen! Uns könnt Ihr nicht vergessen!“ Keiner kann der kurdischen Frage gegenüber gefühllos bleiben und kann behaupten, er hätte die Stimme der Kurden nicht gehört. ...

Wir glauben daran, daß im Volk Einheit, Zusammengehörigkeit und Frieden herrschen wird. Wenn die europäischen Staaten die türkische Regierung nicht unterstützt hätten, wenn zu einem früheren Zeitpunkt ein dauerhafter Frieden zwischen dem türkischen und kurdischen Volk geschlossen worden wäre, hätten sie in Solidarität und Freundschaft zusammen gelebt.

Einerseits reden die westlichen Länder über Menschenrechte, andererseits töten sie die Kurden, indem sie dem türkischen Staat Waffen liefern und ihn politisch unterstützen.

Die Stimme der Demokraten und Humanisten dieser Länder erklingt nur ungenügend und die getroffenen Entscheidungen haben keine Wirkung. ...

gez. Hatip Dicle, Leyla Zana, Selim Sadak, Orhan Dogan

Am Montag, den 9. September haben 20 baskische politische Gefangene im Namen des gesamten Gefangenenskollektivs einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Im Augenblick ist es noch unklar, unter welchen Bedingungen die übrigen 526 Gefangenen des Kollektivs in den Hungerstreik eintreten werden. Die Gefangenen nehmen ausschließlich Wasser zu sich und werden den Streik gemeinsam führen, bis ihre Forderungen durchgesetzt sind:

- Zusammenlegung der 546 politischen Gefangenen im Baskenland;
- Freilassung der drei haftunfähigen Gefangenen gemäß Artikel 60 des spanischen Strafvollzugsgesetzes;
- Freilassung der 125 Gefangenen, die drei Viertel ihrer Haftzeit abgesessen haben, auf Bewährung;
- Respektierung der elementaren Menschenrechte: Recht auf freie VerteidigerInnenwahl, auf Lernmöglichkeiten, auf ein Privatleben, auf Information, auf physische und psychische Unversehrtheit.

Der Hungerstreik richtet sich vor allem gegen die Politik der „Verstreuung“. 1987 wurde das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen zerschlagen. Die Gefangenen, die in großen Gruppen zusammen im Knast gelebt und gekämpft hatten, wurden zuerst auf 62 Knäste verteilt und in Kleingruppen von 5-10 Gefangenen aufgespalten, später in über 100 Knästen in Einzelisolation gesteckt. Heute sind höchstens drei politische Gefangene in einem Trakt, in dem sie voneinander getrennt gehalten werden. Die meisten Knäste, in denen die Gefangenen inhaftiert sind, liegen weit von ihren Wohnorten im Baskenland entfernt: auf den über 3.000 km entfernten Kanarischen Inseln und in den nordafrikanischen Kolonien Ceuta und Melilla sitzen mehr baskische politische Gefangene als im Baskenland.

Die Gefangenen sind in der Isolation dem willkürlichen und gewalttätigen Knastregime schutzlos ausgeliefert. Schikanen wie Zensur und ständige Verlegungen, aber auch brutale Überfälle der Schließer und der kasernierten Polizei Guardia Civil können gegen einzelne Gefangene anders durchgezogen werden als gegen eine Gruppe. Seit 1992 haben Mißhandlungen, vor allen Dingen während der Verlegungen in andere Knäste, beständig zugenommen.



Baskische politische Gefangene im Hungerstreik

Widerstand gegen die Politik der „Verstreuung“, gegen Isolation und Folter

Viele politische Gefangene sind durch die lange Isolationshaft schwer, teilweise unheilbar, erkrankt. Das gilt besonders für die Gefangenen aus der GRAPO/PCE(r). Oft wird die medizinische Versorgung einfach verweigert: Der im Juni 1996 von der BRD ausgelieferte Benjamin Ramos Vega, der HIV-positiv ist, mußte mit einem Hungerstreik eine ärztlich verordnete Diät erkämpfen, obwohl die deutschen Behörden die medizinische Versorgung zur Bedingung für seine Auslieferung gemacht hatten. Wenn Gefangene zu Untersuchungen oder Operationen in öffentliche Krankenhäuser überführt werden, bleiben sie an allen Vieren an die Tragbahre gefesselt und unter permanenter Überwachung durch die Guardia Civil; dies gilt auch bei gynäkologischen Untersuchungen. Schon neun baskische politische Gefangene sind durch medizinische Unterversorgung im Knast gestorben.

Die Entlassung, die haftunfähigen Ge-

fangenen nach spanischem Gesetz zu steht, wird von den spanischen Sondergerichten mit der Bedingung verknüpft, daß die kranken Gefangenen öffentlich ihrer politischen Überzeugung, ihrem Kampf und ihrer Identität, abschwören sollen.

Diese Erpressung gilt ebenso für die 125 Gefangenen, die gemäß spanischem Recht nach drei Vierteln ihrer Haftzeit auf Bewährung freikommen müßten.

Das Ziel dieser Politik ist klar: Die Gefangenen sollen in der Isolation einzeln zermürbt und zur Aufgabe gezwungen werden. Das sogenannte „Programm zur Wiedereingliederung“ bietet Gefangenen, die dem Kampf abschwören oder ihre GenossInnen denunzieren, Freigang, vorzeitige Entlassung und finanzielle Starthilfen. Diese „reueigen“ Gefangenen sollen der Bevölkerung als gescheiterte Existenzen präsentiert werden, um medienwirksam die Sinn- und Perspektivlosigkeit des Befreiungskampfes zu „beweisen“.

Mit der Alternative Knast für immer oder Abschwören soll die politische Identität der Gefangenen gebrochen und das Gefangenenskollektiv als Faktor in der politischen Auseinandersetzung ausgeschaltet werden.

Dieses Ziel ist gescheitert. Nicht einmal zwanzig von Über tausend Gefangenen haben sich in den letzten zehn Jahren an diesem Verrat beteiligt. Die Isolation und die ganze brutale Gewalt gegen die Gefangenen haben nicht die Zerstörung des Kollektivs erreichen können. Der kollektive Hungerstreik zeigt, daß die Gefangenen nach wie vor entschlossen und kämpferisch sind.

Die politischen Gefangenen in allen Ländern Europas sind – auf europäischer Ebene durch Abkommen wie TREVI (Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence International) koordiniert – ähnlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Die vielen Hungerstreiks in Spanien, Frankreich, der BRD, Nordirland und zuletzt in der Türkei zeigen, daß die Menschenrechte gerade in den Knästen nicht geschenkt, sondern nur erkämpft werden können. erst nach zwölf Toten beim Hungerstreik der türkischen politischen Gefangenen war der Druck, auch auf internationaler Ebene, groß genug, um zumindest einen Teil der Forderungen durchzusetzen.

Dabei ging es auch hier nicht um großartige politische Forderungen, sondern einfach um das Überleben der Gefangenen, um menschenwürdige Haftbedingungen.

Wir sind überzeugt davon, daß die Kämpfe der Gefangenen nur durchkommen können, wenn wir ihre legitimen Forderungen international unterstützen. So hat die breite Unterstützung der Kampagne für Mumia Abu-Jamal hier in der BRD zumindest dazu beigetragen, daß seine Hinrichtung ausgesetzt wurde. Und aus der Erfahrung mit dem Auslieferungsverfahren gegen Benjamin Ramos Vega wissen wir, daß die spanischen Behörden auf internationalen Druck, und sei er noch so klein, empfindlich reagieren.

Solidarität mit dem Hungerstreik der baskischen politischen Gefangenen!

– Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Berlin

– Rote Hilfe Hamburg, Postfach 306 302, 20329 Hamburg

Die provokative Eröffnung des Tunnels in der Nähe des Al Aksa-Moschee in Jerusalem/Al Quds letzte Woche war nur noch der Auslöser für die neue Konfrontationsebene zwischen Israel und palästinensischer Bevölkerung. Lange schon hatte die neue – wie auch die alte – israelische Regierung ihren Ausbau der Siedlungen betrieben, den vereinbarten Truppenabzug aus Hebron oder der „Zone B“ in den besetzten Gebieten systematisch verzögert, die Freilassung der Gefangenen immer wieder hinausgeschoben. Wenn gleich auch die Verträge von Oslo an sich schon der Erniedrigung der palästinensischen Bevölkerung dienen – der Maßstab „Verträge müssen eingehalten werden“ gilt offenbar nicht für jene, die die Hebel der Macht besetzen. Die Okkupation geht weiter.

Nachdem nun die zionistischen Siedler direkt in der neuen Regierung in Tel Aviv sitzen, konnte für die nächsten zwei Jahre ein erneuter Ausbau von Siedlungen angekündigt werden. Auf den besetzten Golan-Höhen sollen weitere 600 Wohnungen entstehen. Überdies wurden nach israelischen Angaben auch für das Westjordanland weitere 760 Wohneinheiten genehmigt. Alle

diese Provokationen lagen schon vor der Tunnelöffnung – dies war nur noch der emotionale Funke. Zuvor waren schon Häuser in Jerusalem/Al Quds abgerissen worden, weil sie mit

schossen aus Helikoptern in die Versammlungen und Demonstrationen.

Den Preis, den die Bevölkerung für ihre Wut zahlen muß, ist hoch. Aber die Ungeduld über das Fristen in ärml-

Rückkehr der Flüchtlinge etc.

Nun werden wieder die Krisenmanager auf den Plan treten; schon wurden Treffen über die Medien angekündigt, ohne daß sie real stattfinden konnten, die arabische Liga hat zur (unverbindlichen) Solidarität mit den Unterdrückten aufgerufen, die Europäer werden die Israelis ein bißchen zur Zurückhaltung aufrufen, Arafat mit ein paar Zugeständnissen wie z.B. der zweitägigen Schließung des Tunnels wieder zu ködern versuchen.

Diese Spielchen sind bekannt. Der Deckel soll wieder drauf auf die Unterdrückungsstrukturen. Arafat soll für Ordnung in seinem Laden sorgen.

Wie sehr diese diplomatischen Spitzfindigkeiten noch greifen oder ob tatsächlich reale Änderungen her müssen, die der palästinensischen Bevölkerung ein Gefühl von Achtung und Würde vermitteln, an dieser Frage wird sich die weitere Entwicklung entscheiden.

Man darf gespannt sein, wie sich die US-Regierung wie auch die intransigente Führung in Tel Aviv um ihre Verantwortung herumdrücken werden, wie auf der anderen Seite der vereinten PLO-Führung die Basis davonrennt und sich auf eine neue Phase der Revolte konzentrieren wird. (mc)

Die Schwelle ist überschritten

Die Palästinenser/innen sind die ständigen israelischen Provokationen und Demütigungen leid

„falschem“ Geld gebaut seien ...

Wollte sich PLO-Chef Arafat vor kurzer Zeit noch bei seinem letzten Deutschland-Besuch in Wiesbaden/Bonn von den Medien als „Präsident“ des neuen Staates Palästina anreden lassen, so steht er inzwischen als Verlierer auf der ganzen Linie dar. Die Wut in der Bevölkerung, den Frust von 4 Jahren sinnloser Verhandlungen konnte auch er nicht mehr mit – auf Stunden begrenzten – Streikaufrufen kanalisieren; die Bevölkerung griff – völlig verbittert auch von leeren Versprechungen – zu den Mitteln der Revolte zurück, z.T. sogar unterstützt von der palästinensischen Polizei, die erstmals auf Israelis zielte. Diese wiederum

chen, dem Hunger nahen Lebensverhältnissen ist noch größer.

Wenn die mickrige Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft inzwischen – mehr noch als in der Zeit der offiziellen Besatzung – von den Abriegelungen resp. Öffnungen abhängig ist, wenn palästinensische Arbeitskräfte in Israel überhaupt nicht mehr Arbeit finden, weil rumänische und asiatische Leute dies erledigen, wenn Handelsbeziehungen immer noch auf den Goodwill der Besatzer angewiesen sind, dann zählt auch dieses zu den Entwicklungen, die sehenden Auges zu dieser Explosion geführt haben. Von anderen gravierenden Fragen gar nicht zu schreiben: die Position von Al Quds,

Rußlands Parteienlandschaft nach der Präsidentenwahl

Eine Nachbetrachtung von Ernst Laboor

Die allgemeine Lage wird davon charakterisiert, daß auf der Grundlage der sozialen Polarisierung der Gesellschaft die beiden hauptsächlich politischen Lager klarer konturiert hervortreten. Die KPRF nennt das (mißverständlich) die Herausbildung eines Zweiparteiensystems. Bei der zweiten Tour der Präsidentenwahl ging's um eine Richtungsentscheidung. Deshalb schloß sich das herrschende Lager zusammen, die Differenzen traten zurück. Die Einschätzung der KPRF nach der Dumawahl, daß die 20% der Bevölkerung, die über die Hälfte des Geldes verfügen, keine gemeinsame Konzeption der Entwicklung des Landes haben, bedarf der Ergänzung. Sie haben eine gemeinsame Konzeption der Machterhaltung. Erst nach der Wahl flammt der Machtkampf wieder auf. Starke Interessengruppen versuchen, ihre Leute ins Spiel zu bringen. In der Opposition steht der vorherrschenden Tendenz des Zusammenschlusses eine Tendenz der Spaltung entgegen.

Die alten ungelösten Probleme brechen erneut auf: Finanzkrise, (Lohn-)Zahlungskrise, Produktionsverfall, Verlust der nationalen Sicherheit, darunter auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung – aber weitere Zunahme des Energieträger- und Rohstoffexports und Spitzenposition im Rüstungsexport.

Die Partei der Macht „Unser Haus Rußland“, die anderen Machtstrukturen, der Präsident und sein Apparat haben sich als außerordentlich lebensfähig erwiesen. Das ist von der Opposition nicht beachtet worden. Entgegen ihrer Annahme fanden „die da oben“ immer wieder Auswege, konnten so weiterregieren wie bisher. Der Präsident und sein Wahlkampfstab agierten äußerst flexibel, gewannen vielfach die politische Initiative (z.B. Manipulation mit den Sparguthaben, Rentenerhöhung, antikommunistische Hysterie). „Unser Haus Rußland“ hat sich stabilisiert, funktioniert als Partei. Sie hat gegen Verfassung und Gesetz ähnlich der KPdSU den Charakter einer mit dem Staat verwobenen Struktur angenommen.

Das Regime ist mit der Wahl legitimiert! – auch wenn Gesetze gebrochen, Moral und einfacher menschlicher Anstand schwer verletzt wurden. In den bevorstehenden Regionalwahlen (Gouverneurswahlen) will sich das Regime einen sicheren Unterbau schaffen, sich weiter legitimieren lassen.

Die strategische Orientierung der Macht, eine Scheinopposition zu installieren, um die KPRF und ihre potentiellen Verbündeten zu schwächen, blieb bis zur Dumawahl 1995 ohne Erfolg (Bürgerunion, Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht, Schaffung einer „Sozialdemokratie“ von oben her, Rybkins Wahlblock, Kongreß der russischen Gemeinschaften). Bei der Präsidentenwahl war sie erfolgreich. Lebed band oppositionelle Kräfte und wirkte als wichtiger Mehrheitsbeschaffer.

Das Parteienspektrum wird von seiner Marginalisierung aller anderen mit der „UHR“ konkurrierenden Parteien gekennzeichnet. Ihre Wahlblöcke für die Dumawahl sind zerfallen. Die drei Wahlgänge haben zu einer Konzentration der Kräfte geführt, obwohl keine Partei aufgelöst wurde.

Auch die Opposition zeigt klarere

Konturen. Parlaments- und Präsidentenwahlen haben den realen Einfluß jeder politischen Kraft offenbart, den ihr zukommenden Platz zugewiesen, dämpfend auf die Ambitionen einiger „Führer“ gewirkt. In der historisch kurzen Frist von zweieinhalb Jahren hat die KPRF vermocht, die wichtigsten Kräfte der Opposition in einem Wahlbündnis zu vereinen, dieses Bündnis über die Wahl hinaus zu erhalten und ihm eine festere organisatorische Form zu verleihen. Am 7. August 1996 fand der Gründungskongreß der Volkspatriotischen Union Rußlands statt. Eile war geboten, da bereits im Herbst Regionalwahlen anstehen.

Ryschkow hat auf einer Pressekonferenz erklärt (lt. Prawda pjat, 7.8.96), an der Gründung werden 44 Organisationen beteiligt sein, darunter 14 gesamt-russische. Namentlich genannt wurden: die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, der Bund der Kommunistischen Parteien (KPdSU), die Agrarpartei Rußlands, die Russische Partei, „Derschawa“ (die Macht, der Staat, auch die Großmacht), Trudowaja Rossiya, Volksallianz.

Angesichts des vereinten Drucks des nationalen und internationalen Kapitals, der gesamten Staatsmacht und der Massenmedien, der nach Umfang und materiellem Aufwand beispiellosen psychologischen Bearbeitung der Bevölkerung hat die Koalition der Volkspatriotischen Kräfte ein hochzuschätzendes Ergebnis errungen. Im Dezember 1993 hat die KPRF allein knapp 7 Millionen und 1995 ca. 15 Millionen Wähler für sich gewonnen. 1996 stimmten für das Bündnis der Volkspatriotischen Kräfte und seinen Kandidaten, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Genadij Sjuganow, fast 30 Millionen. Das ist eine beachtliche Ausgangsposition für die weitere Konsolidierung. Sjuganow rechnet bei den Regionalwahlen mit 50 Millionen Stimmen.

Aber das erklärte Wahlziel war: Ablösung des Präsidenten Jelzin und seines Regimes, generelle Korrektur des Entwicklungskurses des Landes. Vor der Dumawahl erklärte die KPRF mehrfach, daß die beiden bevorstehenden Wahlen die voraussichtlich letzte Möglichkeit der friedlichen Ablösung des Regimes bieten. In der Euphorie nach dem Wahlerfolg meinte sie wiederholt unter Anlehnung an die bekannte Leninsche Charakterisierung einer revolutionären Situation, daß „die da oben“ nicht mehr so könnten wie bisher und „die da unten“ nicht mehr so wollten. Das waren strategische Orientierungen. Die Führung der KPRF drückt sich um das Eingeständnis, daß diese fehlerhaften Einschätzungen der Lage strategischen Charakter trugen. Walentin Kupzow, Sjuganows Stellvertreter, sagte auf dem VIII. ZK-Plenum am 6. August undifferenziert: „Unsere strategische Linie ... hat sich vollkommen bestätigt.“ Nur im Bereich der Taktik werden Fehler zugestanden. Das seien die ungenügende Ausnutzung des Potentials der Verbündeten, die Formlosigkeit des Bündnisses, der schwache Angriffsgeist der Kampagne (Sjuganow am 6.8.: „Wir hatten nicht den unbedingten Willen zum Sieg.“), das niedrige Niveau vieler Propagandamaterialien, das ungenügende Nutzen der Schwachstellen des Gegners und das Unvermögen, ein Ge-

gengewicht gegen den „Lebed-Effekt“ zu schaffen.

Im Bereich der Strategie sehe ich vor allem folgende zusammenhängende Mängel: Die Manövrierfähigkeit „der da oben“ wurde weit unterschätzt. Darüber, wer „die da unten“ sind, herrschten unklare Vorstellungen. Die Partei verfügte über keine exakte Analyse der sozialen Schichtungen und ihrer Bewußtseinsentwicklung. Es gab eine Idealisierung der Geisteshaltung der unteren Schichten. Man nahm an, die müßten beinahe von selbst sehen, daß das Regime zum Untergang verurteilt sei. Erst jetzt bemerkt man, daß viele ihre Bindung zum früheren Beruf (Arbeiter, Ingenieur usw.) verloren haben und sich in der neuen Gesellschaft eingerichtet haben (haben müssen).

Die KPRF hat Lehren gezogen (ohne das so zu nennen), gibt neue strategische Orientierungen aus. Sjuganow bestimmte sie auf der letzten ZK-Tagung so, „daß in der nächsten Zeit ... Aufgaben allgemein-demokratischen Charakters (vor uns) stehen“. Das ist eine deutliche Abgrenzung gegen Ultralinke (in der KPRF selbst und vor allem in der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei und in anderen kleinen kommunistischen Organisationen). Gemeint sind die Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit, des Bürgerfriedens, der Rechte der Persönlichkeit wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit der Information, Widerstand gegen die verfassungsfeindliche und gegen die Gesetze verstoßende Politik der Macht und eines Teils der Arbeitgeber und schließlich die Aufgabe, nicht zuzulassen, daß sich die Regierung in ein absolutes Marionetteninstitut verwandelt. Niemand sagt mehr, nach den Wahlen gebe es keine Möglichkeiten der friedlichen Ablösung des Regimes mehr. Das euphorische Betonen des Sozialismus als Ziel ist verstummt. Zugleich wird die Feststellung getroffen, 30 Millionen Wähler bedeuten, daß die Idee des Sozialismus lebt. Sjuganow betonte auf der ZK-Sitzung, das Entwicklungs- und Wachstumspotential der Partei sei erschöpft. Reserven müßten mobilisiert werden. Dazu bedürfe es einer Erneuerung der Programmdokumente. Die Eckpunkte seien dabei: echte Volksdemokratie, effektive Wirtschaft, Werte der russischen Zivilisation, national-kulturelle Traditionen aller Völker Rußlands. Später fügte er hinzu, man müsse auf dem Weg der Erneuerung der Partei weitergehen und sich dabei auf eine Synthese der sozialistischen und der patriotischen Idee orientieren.

Das Regime fürchtet eine weitere Zunahme des Einflusses der KPRF und der vereinten Opposition. Deshalb verfolgt es ihnen gegenüber eine Doppelstrategie: Verbotsandrohung und Installierung einer neuen Scheinopposition. Seit ein Verfassungsrichter mit der Behauptung vorprellte, die KPRF verstoße gegen das Verfassungsgerichtsurteil vom November 1992, werden immer wieder Forderungen nach Repressivmaßnahmen gegen die Partei laut. Der Start für die Bildung einer Scheinopposition wurde mit einem Präsidentenurteil gegeben. Rybkin wurde der Vorsitz eines Politischen Konsultativrates beim Präsidenten übertragen. Z.Zt. bereitet ein Orgkomitee die Prinzipien der Vereinigung und das Programm aus. Erklärt wird, man wolle die Parteien und Bewegungen zu-

sammenfassen, die nicht in die Duma gelangt sind. Der Rat soll eine Alternative zum volkspatriotischen Block sein.

Spalter in der Opposition betreiben objektiv das Geschäft des Regimes. Baburin und seine Russische Allgemeine Volksunion nehmen nicht an der Volkspatriotischen Union Rußlands teil. Einige „linke“ Kommunisten riefen schon in der zweiten Runde der Präsidentenwahl zum Wahlboykott auf. Die RKAP und Trudowaja Rossiya (Werkstätiges Rußland) scheinen auseinanderzudriften. Trudowaja Rossiya ist Gründungsmitglied der Volkspatriotischen Union Rußlands. Anpilow trat am 6.7. in ihrem Namen auf der Sitzung des Rates des Blocks mit dem Vorschlag auf, ein eigenes Informationszentrum der Opposition zu schaffen. Aber am 14. August gaben die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die Russische Kommunistische Partei – KPdSU und die Russische Partei der Kommunisten auf einer Pressekonferenz bekannt, sie haben eine Union der sozialistischen Kräfte (russische Abkürzung: UdSSR!) gebildet. Sie soll Gegengewicht zur Volkspatriotischen Union Rußlands, „Opposition zur Opposition“, sein. Wie schon vor der Präsidentenwahl beschuldigen sie die KPRF des Opportunismus, sprechen ihr den kommunistischen Charakter ab, lehnen die Teilnahme an den Gouverneurswahlen ab wie überhaupt die Beteiligung am „parlamentarischen Spiel“. Die drei Parteien propagieren das allgemeine Volkseigentum an den Produktionsmitteln, die Wiederherstellung der Demokratie in der Form der Werktätigen-Sowjets, die Wiedergeburt der UdSSR auf freiwilliger Grundlage und als bevorzugtes Kampfmittel den politischen Generalstreik.

Sjuganow dazu: Die Konsolidierung der linken Kräfte sei möglich, wenn „jene, die im vergangenen Jahrhundert verharren“, verstehen, daß unter veränderten politischen Bedingungen die Zeit gekommen ist, die Methoden der Arbeit zu überdenken. „Wir sind gegen radikale Kampfmethoden.“ Jetzt geht's „um die Souveränität des Landes und um allgemein-demokratische Werte“.

Was die innere Erneuerung der KPRF angeht, so scheinen mir einige Probleme ungelöst. Die Wahlen haben klar gezeigt, daß die KPRF die überragend stärkste Kraft der Opposition ist. Aber die VIII. ZK-Tagung spricht von ihrer führenden Rolle, von der Avantgardepartei. Ich sehe im Verharren auf den aus der KPdSU übernommenen Denkschemata die Gefahr, daß sich der Mangel bei der Präsidentenwahl, das Nichtaus-schöpfen des Potentials der Verbündeten, das Ignorieren ihrer eigenständigen Rolle wiederholt. Die KPRF will eine andere Partei sein als die KPdSU, sie grenzt sich von ihr ab. Aber sie verwendet dafür den negativ besetzten Begriff der Partei neuen Typs. Das könnte konservative Tendenzen in der Partei stärken. Die Einengung der Aufgabe der Erneuerung der Partei auf die Synthese der sozialistischen mit der patriotischen Idee könnte so ausgelegt werden, als meine man, die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre sei schon frei von den Gepflogenheiten, die in der KPdSU herrschten.

Beide Seiten stecken gegenwärtigen ihren strategischen Kurs ab. Nach den Regionalwahlen im Herbst wird erneut Bilanz gezogen. (Von der Red. gekürzt)

Anmerkungen zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen

Hannover. Viele lokale und regionale Besonderheiten prägten das Stimmverhalten bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 15.9. und den vierzehn Tage später stattfindenden Oberbürgermeister-Stichwahlen. Das Wahlrecht weicht erheblich von dem zu Landtags- und Bundestagswahlen ab und ermöglicht vielfältige individuelle Variationsmöglichkeiten der Stimmabgabe. Dennoch dürften sich einige vorsichtige Deutungen aus den Ergebnissen (s. PB 19/96, S. 1) destillieren lassen.

Trotz leichter Verluste der CDU auf Landesebene kommen CDU, FDP und die zumeist rechten Wählergemeinschaften auf gut 50 Prozent. Unmittelbar nach der Verabschiedung der brutalen Sozialabbaugesetze im Bundestag hat es keinen spontanen parlamentarischen „Denkzettel“ für Kohl gegeben. Der Bürgerblock steht durchaus nicht sichtbar geschwächt da. In Hannover ist der CDU-Oberbürgermeisterkandidatin mit 47,5 Prozent (CDU-Ergebnis: 34,9) sogar eine eindrucksvolle Aufholjagd gegen den langjährigen SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg gelungen. Ein doch ziemlich großes und stabiles Lager sammelt sich um Reichtum und Expansion mit erheblicher Ausstrahlung auf SPD und Grüne. Die Hoffnung „Wahltag ist Zahntag“ ist nicht eingetreten.

Die SPD hat Verluste insbesondere in ihren großstädtischen Hochburgen hinnehmen müssen. Vermutlich ist die Verbindung zum traditionellen gewerkschaftlichen SPD-Klientel nicht nur durch den Schröder'schen Wirtschaftskurs gestört. Das Mißfallen über Kohl ist eben nicht identisch mit der Stimmabgabe für die SPD und ihren Globalisierungskurs. Die SPD hat nicht erkennen lassen, an welchem Punkt sie eigentlich das „Nicht mehr mitmachen“ beginnen lassen will. Die Wahlbeteiligung bei der Stichwahl zum

hannoverschen Oberbürgermeister lag bei nur 44,7 Prozent. Anscheinend erkannten die meisten Stimmbürger kaum einen Unterschied für ihre persönliche Entfaltung zwischen einem SPD- oder CDU-Verwaltungschef. Eine solche doch sehr komplizierte politische Situation, in der sich der gesellschaftliche Widerstand befindet, dürfte vermutlich auch nicht einfach mit kräftigen außerparlamentarischen Bewegungen (Stichwort: „wie in Frankreich“) auflösen sein. Diese Bewegungen befinden sich ja im gleichen Ziel-Dilemma wie das Wählerfeld des Nicht-Bürgerblocks. Ohne konzeptionelle Alternative bleibt nur die Wahl, wer das hoffnungslose „Weiter so“ nun gerade organisieren soll.

Der FDP ist die kommunale Basis weiter wegeschwunden (4,6%). Allerdings nicht genug, um nicht mit Hilfe von Zweitstimmen wieder Landes- oder Bundes-Koalitionspartner werden zu können. Zudem ist zu beachten, daß ihr Wirtschaftsliberalismus eher Zugewinne verzeichnet. Die grüne Landtagsfraktion signalisiert an verschiedenen Stellen, daß sie dem ungebundenen Markt vieles zutraut. Mit neun Prozent sind die Grünen zu einer unverrückbaren, kommunal verankerten und in der gesamten Fläche vorhandenen Kraft geworden. Trotzdem kann von einem sicheren Gewinn der nächsten Landtagswahl für SPD/Grüne keine Rede sein, unter inhaltlichen Gesichtspunkten von einer dann eventuellen Linksverschiebung ebenfalls nicht.

Die Ergebnisse der PDS/Linke Liste- und Linke Liste-Kandidaturen sind in verschiedener Hinsicht interessant. Die Prognose von Ministerpräsident Schröder, daß die PDS mit der Einebnung des sozialen Ost-West-Gefälles verschwinden wird, scheint nicht zuzutreffen. Die PDS in den West-Bundesländern ist keine subjektive Erscheinung einer Handvoll Ak-

tivisten, es gibt hier eine objektive, zählbare Nachfrage nach sozialistischer Politik. Das Wählerfeld der PDS dürfte, wenn auch noch klein, so doch relativ stabil sein. Also keine ausgesprochenen Proteststimmen, eher Leute mit umfangreichen Erwägungen für ihre Wahlentscheidung.

Die PDS ist kein Großstadtphänomen. Selbst in ländlich/dörflichen Regionen sind gute Stimmergebnisse möglich. Die Stimmenzahl ist eher abhängig von dem Einsatz und der direkten Aufklärung der Bevölkerung. Der möglichen Ausweitung des Einflusses und der wachsenden Ansprüche an die PDS stehen bedrückend eng die subjektiven Kräfte der PDS entgegen. Der Wahlkampf hat nämlich nicht zu einer deutlichen Zunahme von Mitgliedern und Aktiven geführt. Sichtbar geworden ist, daß mit eigenen Kräften und mit verhältnismäßig geringen Mitteln spürbare Kampagnen selbständig durchführbar sind.

Das Wählerfeld der PDS ist relativ breit gestreut und unterschiedlich sozial strukturiert. Die Scheuklappen der eigenen Vorlieben an Traditionen und Themen in den Kreisverbänden stoßen sich daran. Die Aufrechterhaltung des inner-

parteilichen Pluralismus erlangt eine wachsende strategische Bedeutung.

Offenbar geworden ist auch, daß der in Niedersachsen seit sehr langer Zeit betriebene Versuch, über Linke Listen eine sozialistische Partei zu reorganisieren, zu Ende gegangen ist. Was nicht, und dies wird oft verwechselt und führt zu unerquicklichen Auseinandersetzungen, bedeutet, daß örtlich die Kandidatur von Linken Listen nicht durchaus sinnvoll sein kann. Schon gar nicht heißt dies, keine gemeinsame Politik entfalten zu wollen. Im Gegenteil.

Das eiskalte Verwaltungshandeln der niedersächsischen Landesregierung gegen Asylbewerber, die anstehenden Kürzungen im Landes- und den Kommunalhaushalten, die faschistischen Reorganisationsversuche und vieles mehr verlangen geradezu ein hohes Maß an linker Kooperation.

gka



Frankfurt. Etwa 12 000 Jugendliche beteiligten sich am 21. September am zentralen Aktionstag der Kampagne „Dolno Einstellung zählt“ in der Frankfurter Innenstadt.

Foto: Jürgen Tauras

Staatsanwaltschaft greift Kurdistan-Solidarität an

Stuttgart. Erneut hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft einen Angriff auf die Kurdistan-Solidaritätsbewegung durchgeführt. Letzte Woche, am Mittwoch, den 18. Sept., ließ sie die Räume des Vereins Zentralkultur durchsuchen, ebenso die Wohnung der Kontoinhaberin des Stuttgarter Komitees zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen. Zeitgleich war die Polizei in Reutlingen im Café Nepomuk tätig.

Die Staatsanwaltschaft hatte es dabei auf verschiedene Flugblätter abgesehen, die ihrer Meinung nach für die PKK werben und damit gegen § 20 des Vereinsgesetzes verstoßen. Als eine solche Werbung betrachtet Staatsanwalt Milonis Flugblätter, die Grußworte des PKK-Vorsitzenden Öcalan enthalten – obwohl es inzwischen ein Urteil der Staatschutzkammer Köln gibt, die eine unkommentierte Veröffentlichung einer Öcalan-Grußadresse im „Kurdistan-Rundbrief“ durch die Pressefreiheit abgedeckt sieht.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung von Zentralkultur und des Stuttgarter Komitees zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen

wird gegen das Vorgehen der Staatschutzbehörden aufs schärfste protestiert und festgestellt:

„Die Arbeit des Komitees unterstützt eine politische Lösung in Kurdistan und setzt sich gleichzeitig dafür ein, daß die Kriminalisierung hier lebender kurdischer Menschen gestoppt wird.“

alk

Der Senat legt alle Scham ab

Hamburg. Immer mehr paßt sich die Hamburger SPD und der von ihr geführte Senat unter dem Druck der Haushaltsmisere, getrieben von der Handelskammer und der CDU den neokonservativen Strategien der Privatisierung und der Abwälzung der Finanzprobleme auf die Armen an. Nachdem er jetzt die Scham bei der Arbeitsverpflichtung für Sozialhilfeempfänger abgelegt hat, spart er jetzt auf Kosten der ohnehin schon schlecht entlohten Reinigungskräfte im öffentlichen Dienst. 13,5 Mio. DM will der Hamburger Senat durch die Umwandlung der öffentlichen Gebäudereinigung in einen Eigenbetrieb sparen. Die öffentliche Gebäudereinigung reinigt derzeit ca. 47% der Verwaltungsgebäude und Schulen, 53 % der 4,6 Mio.

Nacht der Obdachlosen

Und Aktionstag gegen die Wohnungsnot von Frauen

Essen. Der Termin war passend: Am Freitag, 13.9.96, fand in der Innenstadt wieder eine „Nacht der Obdachlosen“ statt. Es war der gleiche Tag, an dem der Bundestag das Paket der Bundesregierung zum sozialen Kahlschlag beschloß. Ausgerichtet von der Obdachlosen- und Nichtseßhafteninitiative, stieß trotz regnerischem Wetter vor allem die Podiumsdiskussion am Nachmittag auf Interesse. Erfreulich war, daß sich auch der DGB daran beteiligte. In einem Zelt auf dem Burgplatz verbrachten Nichtseßhafte die Nacht, am Samstag gab es nach einem Frühstück weiter Info-Stände. Gerade die Ausführungen von Gewerkschaftssekretär Alfons Rührer stießen auf Interesse. 4121 Nichtseßhafte sind in Essen erfaßt, 3630 Männer und 491 Frauen. Gerade der Frauenanteil ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zahlen über die Zusammensetzung der Nichtseßhaften machen deutlich, daß ein sehr breites Spektrum betroffen ist. Mehr als die Hälfte der Nichtseßhaften hat eine Berufsausbildung, 8% haben ein abgeschlossenes Studium. Arbeitslosigkeit,

private Probleme, Auszug aus der gemeinsamen Wohnung – so fängt bei 80% die Obdachlosigkeit an.

Die Obdachlosen- und Nichtseßhafteninitiative machte insbesondere darauf aufmerksam, daß es beim Sozialamt eine Abteilung zur Verhinderung von Obdachlosigkeit gibt, an die man sich wenden kann. Sie kritisierte, daß die Kürzungen im Sozialbereich sich auch auf die Arbeit der Beratungsstelle auswirken werden, die immerhin ein Drittel der Obdachlosen betreuen.

Auch der „Aktionstag gegen die Wohnungsnot von Frauen“ eine Woche später, am 20.9.96, war ein Erfolg. Es gab Informationsstände, Kuchen und Theater. „FrauenLeben – FrauenWohnen“, unter diesem Motto hatten auch Wohlfahrtsverbände wie die AWO aufgerufen. Allerdings setzten die Veranstalter auch auf Ausgrenzung: Der Initiative Intego e.V., die sich mit einem Stand beteiligen wollte, wurde die Beteiligung verweigert. Ob die Veranstalter Angst um ihren Besuch, Sozialdezernent Herber, hatten? Intego hat sich mehrfach mit der Stadt angelegt. aus Lokalberichte Essen, wof

OB-Wahlen in Stuttgart

Wahlkampf für den Wirtschaftsstandort

Stuttgart. Am 20. Oktober ist in Stuttgart Oberbürgermeisterwahl, aber vier Wochen vorher ist vielen Leuten noch völlig unklar, ob sie überhaupt zur Wahl gehen und wenn doch, wen sie wählen sollen. (Abgesehen davon, daß auch bei dieser Wahl ein großer Teil der Bevölkerung ausgeschlossen ist: weil ihr Paß nicht von einem Staat der EU ausgestellt wurde.) Die „Stuttgarter Nachrichten“ sprachen nach ihrer Podiumsdiskussion mit den drei Kandidaten und der Kandidatin der im Rathaus vertretenen Parteien davon, daß „der ‚Mann ohne Eigenschaften‘ durchaus in der Mehrzahl und sogar in Frauengestalt“ auftreten könne.

Dieser Eindruck wird durch die Plakate zur OB-Wahl durchaus bestätigt. Rezzo Schlauch wirbt mit „Stark für Stuttgart“. Das hat gerade noch gefehlt, daß der grüne Kandidat für einen „starken Mann“ im Rathaus wirbt – auf seine Leibesfülle will Rezzo mit dem Slogan ja wohl nicht nur anspielen. Jedenfalls nährt dieser Wahlkampfauftritt die leise Befürchtung, daß die Wahl Schlauchs zum Stuttgarter OB der erste Baustein einer schwarz-grünen Zusammenarbeit werden könnte, und das ist keine schöne Zukunftsperspektive. Aber die Plakate der anderen Bewerber bzw. der Bewerberin formulieren auch keine sozialen Interessen.

Wen interessiert schon, daß der SPD-Kandidat blaue Augen und große Füße hat und was er sich alles einbildet? CDU-Schuster nennt sich „verlässlich“: worin, für was, für wen?

Die FDP-Kandidatin bietet ausschließlich ihr Konterfei an. Diese Form des Wahlkampfes, die den Wählerinnen und Wählern nur noch die Person der Kandidierenden, genauer gesagt, ihr von Werbestrategen konstruiertes Image, nahebringen will, zielt auf eine Wahl „aus dem Bauch heraus“, nicht auf bewußte politische Entscheidung.

Für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Stuttgart sind alle, wobei Brechtken (SPD) und Schlauch (Grüne) den Akzent auf die Umstrukturierung in Richtung Dienstleistung setzen und Stuttgart als Medienstandort (Brechtken zusätzlich: als Bankenplatz) aus-

bauen wollen; Schuster (CDU) will Stuttgart „als Automobilstadt profilieren“; und Werwag-Hertneck (FDP) sagt: „Zielgruppen sind sicherlich der Mittelstand und das engagierte Bürgertum“. Lieberwirth (REP) setzt auf die Fertigungsindustrie und ist für „Arbeitsplätze, die nicht so hoch bezahlt werden und nicht so hoch qualifiziert sind“. Für die Unternehmer fordert er Senkung der Steuern und Lohnnebenkosten.

Die Wählerinitiative des CDU-Kandidaten Schuster wird vom Industriellen Berthold Leibinger organisiert. Seinen zweiten Programmpunkt formuliert er als Frage: „Wie kann Stuttgart sicherer werden?“ Als drittes nennt er „Heimat“. Dies Lebensgefühl will er „gerade jungen Leuten – mit oder ohne deutschen Paß“ vermitteln. Die realen Erfahrungen des Ausländerausschusses mit der Heimat à la Schuster sind allerdings nicht einladend: Die eigenständige Kultur der ausländischen Bevölkerung soll nach seinem Konzept von den Konsulaten maßgeblich beeinflusst und von der Stadt nur eingeschränkt gefördert werden.

Obwohl vorsichtig formuliert, ist das Programm des REP-Kandidaten nicht nur arbeiterfeindlich, sondern auch offen rassistisch. So verlangt er, daß Ausländer, die arbeitslos sind oder Sozialhilfe bekommen, ausgewiesen werden. Sein zweites zentrales Thema ist die innere Sicherheit. „Denn Stuttgart ist zu einem Hauptumschlagplatz geworden für Drogen.“

Das stimmt nachweislich nicht, aber Lieberwirth sagt: „Ich bin für die harte Linie.“ Leider kann er ziemlich selbstbewußt auftreten: „Ich rechne mit einem Ergebnis um zehn Prozent im ersten Wahlgang.“ Der Wahlkampf der anderen Parteien, auch der Grünen, ist leider nicht dazu angetan, den REP-Kandidaten zurückzuführen. Denn dazu wäre es nötig, rechte und rassistische Positionen klar zu kritisieren. Was soll man also machen? Eine Wahlempfehlung will ich nicht geben, aber das ist auf jeden Fall richtig: die antifaschistische Arbeit verstärken.

Ulrike Küstler

REPs beginnen Wahlkampf

Hetzflugblätter im hessischen Kommunalwahlkampf

Frankfurt. Am 19. September hatte die Konferenz der Innenminister – ungeachtet der Bedenken u. a. des UN-Flüchtlingskommissariats – einstimmig den Beschluß gefaßt, am 1. Oktober mit der zwangsweisen „Rückführung“ bosnischer Flüchtlinge zu beginnen.

Am gleichen Tag befand sich in vielen Frankfurter Briefkästen ein Hetzblatt des hessischen Landesverbandes der Republikaner, in dem eine „sofortige Rückführung“ gefordert wird. Die Reps schreiben: „Die zahlreichen Vorbehalte und der Verzicht auf klare Kontingentfestlegungen verwässern notwendige Regelungen ...“

Im weiteren wird dann die Sozialpolitik der Bundesregierung in widerlicher Weise gegen die Flüchtlinge gewendet: „Wir haben uns nach dem Krieg ein So-

zialsystem aufgebaut, das von seinem Grundsatz her dazu da war, unschuldig in Not geratene Menschen der eigenen Bevölkerung den Lebensunterhalt zu sichern. Jetzt wird seine Finanzierbarkeit in Frage gestellt. Für die eigenen Menschen reicht es nicht, während man für ein Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge eintritt ...“ usw.

Offensichtlich soll die rücksichtslose Politik der Bundes- und Länderregierungen gegen Flüchtlinge erneut ein Ansatzpunkt für eine Kampagne der REPs werden, die vermutlich auch auf die Kommunalwahlen zielt. Die Reps haben neben dem „Bürgerbündnis für Frankfurt“, das ebenfalls durch Ausländerfeindlichkeit zusammengehalten wird, ihre Kandidatur in Frankfurt bereits angemeldet. aus Frankfurter Info, ola

qm werden bereits durch gewerbliche Reinigungsfirmen bearbeitet, deren Anteil in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist und weiter steigen soll. Der neue Eigenbetrieb soll zukünftig zu den Preisen der Privaten reinigen, was vor allem möglich wird, indem die Beschäftigten künftig nach dem dort gültigen Tarifvertrag bezahlt werden. Zwar soll niemand entlassen werden, aber die Beschäftigten sollen „so umgesetzt“ werden, „daß freie Objekte auf den Eigenreinigungsbetrieb übertragen werden können.“ Also: Mehr Arbeit für das gleiche Personal bei niedrigerem Lohn!

aus Lokalberichte Hamburg, ulj

Grüner Antrag: Stadtrat soll Härtefallkommission stützen

Essen. Anfang September hat Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen Oberstadtdirektor Hartwich aufgefordert, sich von der Kritik an der Härtefallkommission durch die Oberstadtdirektoren der zehn größten Städte NRWs zu distanzieren. Diesen Ball greifen die Grünen jetzt in einem Antrag auf, der am 25.9. – nach Redaktionsschluß – im Rat behandelt wird: „Der Rat der Stadt äußert sein Unverständnis über die von Oberstadtdi-

rektor Hartwich mitgetragene Intervention gegen diese Härtefallkommission. Die Stadt Essen folgt den Empfehlungen der Härtefallkommission, sofern der Innenminister die Empfehlung nicht für rechtswidrig erklärt hat.“ Bisher wartet Pro Asyl vergeblich auf eine positive Antwort von Hartwich – vielleicht klappt ja, wenn der Antrag eine Mehrheit findet. syb

Appell gegen Abschiebung bosnischer Flüchtlinge

Stuttgart. Mit einem dringenden Appell gegen die Rückführung bosnischer Flüchtlinge wandte sich der Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg an Innenminister Thomas Schäuble. Der AK Asyl forderte Schäuble am Vorabend der Innenministerkonferenz auf, sich dafür einzusetzen, daß „die Garantie einer freiwilligen Rückkehr in die ursprüngliche Herkunftsregion nicht verwässert und somit der fragile Waffenstillstand mutwillig aufs Spiel gesetzt wird“. Bundesweiter Vorreiter bei Abschiebungen von Bosniern sein zu wollen, hält der AK Asyl für ein fragwürdiges Armutzeugnis. Er erinnert daran, daß die kroatischen Flüchtlinge fast ausnahmslos

freiwillig zurückgekehrt sind. Der AK Asyl weist auch darauf hin, daß „viele Bosnienflüchtlinge durch bittere und demütigende Foltererfahrungen wie Vergewaltigungen hochgradig traumatisiert sind“. „Folteropfer unbeschadet ihren früheren Schändern auszuliefern, muß unter allen Umständen verhindert werden.“

Inzwischen hat die Innenministerkonferenz beschlossen, den Ländern die Entscheidung über den Rückführungstermin freizustellen. Nachdem der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble im Vorfeld verkündet hatte, er werde Abschiebungen ab 1. Oktober auch dann veranlassen, wenn die Innenminister das nicht beschließen, sollte der öffentliche Druck gegen dieses Vorhaben verstärkt werden. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk hat jedenfalls deutlich erklärt, daß dies unmenschlich und dem Friedensprozeß schädlich ist. AK Asyl/ulk

Polizeiverordnung gegen Obdachlose und Bettler

Frankfurt. Die Kritik an der von Ordnungsdezernent Corts (CDU) im Rahmen seiner „Sicherheitsinitiative Innen-

stadt“ vorgelegten neuen Gefahrenabwehrverordnung ist in den letzten Wochen gewachsen. Die Grünen werden die novellierte Fassung ablehnen. Nachdem auch der DGB erklärt hat, die Verordnung rechtfertige in unerträglicher Weise die Ausgrenzung von Obdachlosen, besteht die Möglichkeit, daß die SPD, die eine „aktualisierte“ Fassung ursprünglich ausdrücklich angemahnt hatte, der Vorlage von Corts nicht zustimmt.

Selbst der Leiter des Ordnungsamtes Metzner bestätigte, daß die Bestimmungen „derart umfassend angelegt sind, daß sie einem Verbot der Obdachlosigkeit gleichkämen“ (FAZ 18.9.). In den amtlichen Erläuterungen zum Verordnungstext heißt es nämlich ausdrücklich, daß „Personen“, die sich „sozialüblich“ verhalten, vor „unangemessenen Verhaltensweisen“, die noch keine Straf- oder Bußgeldvorschriften verletzen, geschützt werden müßten. Solche Formulierungen machen tendenziell die soziale Ausgrenzung zum politischen Programm. Neu aufgenommen in den Verordnungsentwurf wurde auch ein Passus, der das „Betteln von und mit Minderjährigen“ verbietet. Diese Vorschrift ermöglicht eine gezielte Verfolgung und Diskriminierung von rumänischen Roma. aus Frankfurter Info, ola



Protest gegen Rentenstrafrecht

Mitglieder von „ISOR“ wenden sich an UNO und EU

Die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR) berichtet in der Septemberausgabe ihres Mitteilungsblatts über mehrere Protestschreiben von Rentenbeziehern in den neuen Ländern an die UNO-Menschenrechtskommission und das Europäische Parlament, in denen diese gegen das Rentenstrafrecht, d.h. gegen die politisch begründete („staatsnahe“) Kürzung ihrer Renten protestieren.

„Wie wir erfahren, haben sich 21 Berliner Betroffene am 12.8.96 mit einem Brief an alle Mitglieder des Ausschusses für Rechte und Bürgerrechte, des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung sowie des Ausschusses für Grundfreiheiten, Innere Angelegenheiten des Europäischen Parlaments in Brüssel gewandt.

Darüber hinaus haben sie einen inhaltsgleichen Brief an die UNO-Menschenrechtskommission in Genf gesandt mit der Erklärung, daß sie sich der Beschwerde der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) vom 31.5.96 anschließen.

Mit ihrem Brief wollen die Unterzeichner die Adressaten auf Entwicklungen und Fakten aufmerksam machen, in denen sie eine Verletzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten durch Vermengung des Rentenrechts mit Elementen des politischen Strafrechts sehen. Dadurch sei ein beträchtlicher Teil ehemaliger Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Diskriminierungen unter Mißbrauch des Rentenrechts ausgesetzt. So werde in Folge der Vereinigung beider deutscher Staaten Hunderttausenden Bürgern die sonst allgemein gewährte Rente als Lohn für Lebensarbeitsleistung verweigert.

... wird begründet, daß sie vier grundlegende Menschenrechtsprinzipien, die auch Prinzipien des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sind, verletzt sehen, nämlich:

1. den Gleichheitsgrundsatz ...

2. das Diskriminierungsverbot ...
3. den Grundsatz des Eigentums-schutzes ...
4. die rechtliche Zusicherung sozialer Sicherheit ...

(...) Zehn betroffene Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern haben sich inzwischen der Initiative der 21 Berliner angeschlossen und in einem eigenen Brief ihre Situation geschildert.

Der Vorsitzende der TIG Löbau, Werner Triegel, wandte sich im Auftrag von 116 Mitgliedern mit einer Beschwerde an das UNO-Zentrum für Menschenrechte. Darin heißt es:

„Auf der Grundlage des 1503-Verfahrens wende ich mich im Auftrag der 116 Mitglieder unserer Initiativgruppe Löbau mit folgenden Anliegen und Beschwerden wegen fortdauernder Verletzung menschenrechtlicher Grundsätze staatlicher Institutionen der Bundesrepublik Deutschland an sie:

In unserem Bemühen um Rentengerechtigkeit für Angehörige der Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR haben wir uns nach Schreiben an den Bundestag, seine Fraktionen und an Ministerien der Bundesrepublik Deutschland auch an die Regierungen der Länder in der Bundesrepublik mit der Bitte gewandt, noch wirkende Strafbestimmungen aus dem als wertneutral erklärten Rentenrecht zu entfernen.“ Als Beispiele für die Absicht der deutschen Behörden, dieses Rentenstrafrecht beizubehalten, liegen dem Brief zwei Antwortschreiben des Bayerischen und des Sächsischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales bei, in denen diese die Kürzung der Rentenansprüche sog. „staatsnahe“ Personen der früheren DDR ausdrücklich verteidigen. Der Brief aus Löbau endet: „Ich gebe der Erwartung auch im Namen der 116 Mitglieder unserer Initiativgruppe Ausdruck, daß die zuständigen Organe der UNO Gelegenheit nehmen werden, die Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen, ihren übernommenen menschenrechtlichen Verpflichtungen im eigenen Lande gerecht zu werden.“ Quelle: ISOR aktuell 9/96

Aus für „WIP“ am 31. Dezember?

Die ÖTV protestiert: Das „Wissenschaftler-Integrationsprogramm“ (WIP) ist gescheitert!

Über das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (ein Programm zur Weiterbeschäftigung wenigstens eines Teils der – ansonsten weitgehend „abgewickelten“ – wissenschaftlich Beschäftigten der früheren DDR-Akademien) haben wir in dieser Zeitung schon mehrmals berichtet. Hier der gegenwärtige Stand der Berliner Situation:

Anfang des Jahres waren in Berlin noch 377 Wissenschaftler/innen und 86 nicht-wissenschaftlich beschäftigte Personen im WIP (Wissenschaftler-Integrationsprogramm). Von diesen hatten neun (!) Aussicht, auf eine Dauerstelle an einer der Berliner Hochschulen übernommen zu werden. Acht WIPianer werden bis Ende Dezember aus Altersgründen ausscheiden. Den „restlichen“ 446 WIPianern wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Schar der Arbeitslosen anzureichern.

Daran werden auch die 100 Mio. DM, die im Rahmen des Hochschulsonderprogrammes III (HSP III) für „innovative Forschung“ in den neuen Bundesländern vorgesehen sind, nicht viel ändern. Zwar sind 33,5 Mio. DM hiervon für Berlin für den Zeitraum von vier Jahren vorgesehen; verglichen mit der bisherigen Förderung werden es jedoch nur noch 15 bis 20 Prozent sein, die finanziert werden können.

Darüber hinaus sind die bürokratischen und arbeitsrechtlichen Hürden so hoch angesetzt, daß zu befürchten ist, daß am Ende die meisten WIPianer arbeitslos und das meiste Geld hiervon noch übrig sein wird:

– Innerhalb weniger Wochen müssen die WIPianer Anträge auf Förderung schreiben und begründen, warum sie fachlich und persönlich geeignet sind, ihre seit Jahren durchgeführten Forschungsarbeiten fortzusetzen. Diese Anträge müssen über die universitären Gremien an den Senat weitergeleitet werden.

– Gefördert werden nur noch Personalkosten. Sachmittel müssen die Universitäten, d.h. die jeweiligen Fachbereiche, an denen die WIP-Arbeitsgruppen

und Wissenschaftler/innen angesiedelt sind, aufbringen. Dies ist bei der gegenwärtigen Haushaltssperre und den düsteren Prognosen schier undenkbar.

– Der Senat läßt offen, ob er weiterhin Labors und Räume in Adlershof zur Verfügung stellt und wie bisher finanziert. Eine Übernahme dieser Kosten durch die Universitäten ist aber aus den genannten Gründen ebenso unmöglich wie die räumliche Unterbringung dieser Arbeitsgruppen auf dem „Stammgelände“.

Allein diese drei Punkte eignen sich bestens, um hinterher den WIPianern bzw. den Universitäten den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben.

Ein noch größeres Hindernis ist die Frage, auf welcher arbeitsrechtlichen Grundlage die WIPianer weiterhin – befristet – beschäftigt werden können. Die Universitäten werden alles tun, um Dauerarbeitsverhältnisse zu vermeiden, müssen sie doch selbst in diesem

und den nächsten Jahren hunderte bis tausende von Stellen einsparen. Eventuell für einen kleinen Personenkreis in Frage kommende Arbeitsvertragsformen (z.B. als Oberassistent oder Assistent) haben den Nachteil, daß es sich um Beamtenverhältnisse auf Zeit handelt, so daß die WIPianer, sollten sie im Anschluß an die 4-Jahresförderung arbeitslos werden (und dies ist nur mehr als wahrscheinlich), kein Arbeitslosengeld und auch keine Arbeitslosenhilfe beziehen könnten.

Die ÖTV hat auf das arbeitsrechtliche Problem bereits seit langem aufmerksam gemacht und die politisch Verantwortlichen (schriftlich) aufgefordert, für diesen Personenkreis (und für ähnlich gelagerte Fälle u.a. an den hochschulfreien Forschungseinrichtungen) eine zeitlich befristete tarifvertragliche Sonderregelung zu vereinbaren. Offensichtlich wollten weder BM Rüttgers noch die Länderminister, die ja zugleich Tarifpartner sind, eine solche Lösung.

Der Eindruck drängt sich verstärkt auf, daß die endgültige Abwicklung der ehemaligen Mitarbeiter/innen aus den DDR-Akademien geplant ist. (har)



Schon 1993 dokumentierte die „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ die vernichtende „Abwicklung“ der früheren DDR-Wissenschaftler in ihrem „Weißbuch 2: Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet“. Bezug: GNN-Verlag.

Ein Parlament wird „schlank“

Ausländer- und Frauen-ausschuß in Berlin bald abgeschafft?

Als „Parlamentsreform“ wollen CDU und SPD den Frauenausschuß und den Ausländerausschuß im Berliner Abgeordnetenhaus abschaffen. Hier eine Pressemitteilung von Karin Hopfmann (PDS), Vorsitzende des Ausschusses für Ausländerfragen:

Wie Sie möglicherweise bereits der Presse entnommen haben, ist die Ver-

ringerung der Zahl der Ausschüsse des Abgeordnetenhauses von derzeit 23 auf 18 geplant. Die Koalitionsparteien beabsichtigen unter anderem, den Ausländerausschuß und den Frauenausschuß abzuschaffen. Beide Ausschüsse wurde übrigens 1984 unter Richard von Weizsäcker eingerichtet. Konkret sollen die Belange der ImmigrantInnen und Flüchtlinge künftig im Innenausschuß, der sich primär mit polizei- und verwaltungspolitischen Fragen zu befassen hat, verhandelt werden. Die Ausschußstruktur des Parlaments ist m.E. keine unantastbare Sache und muß sich an den aktuellen Problemen der Gesellschaft orientieren. Als Vorsitzende des Ausschusses für Ausländerfragen halte ich es jedoch für meine Pflicht, auf

die Auswirkungen der Abschaffung dieses Ausschusses aufmerksam zu machen.

1. Wenn in der Parlamentsstruktur die Belange von ImmigrantInnen und Flüchtlingen sicherheits- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten unter- und nachgeordnet werden, so ist dies ein falsches Signal an die Öffentlichkeit.

2. Der Ausschuß für Ausländerfragen ist ein Stück Anerkennung der multi-kulturellen und multiethnischen Realität der Stadt Berlin; er könnte unter entsprechenden politischen Verhältnissen ein wichtiges Gestaltungselement einer modernen und fortschrittlichen ImmigrantInnen- und Flüchtlingspolitik sein. Seine Abschaffung ist Ausdruck einer absichtsvollen Ignoranz

der multiethnischen Realität der Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung der Politik. Das wäre ein Rückschritt für diese Stadt.

3. Zweifellos sollten sich auch andere Parlamentsausschüsse mit den Belangen von ImmigrantInnen und Flüchtlingen befassen, was gegenwärtig kaum der Fall ist. Es ist also völlig offen, ob die Arbeit dieses Gremiums von anderen Ausschüssen ersetzt werden kann. Damit ist auch fraglich, ob künftig Betroffene und ExpertInnen aus dem ImmigrantInnen- und Flüchtlingsbereich in angemessener Weise durch das Parlament gehört werden können. (...)

(Pressemitteilung der Abgeordnetenhausfraktion der PDS, 23.9.96)

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Bahlsen in Hamburg – es war einmal

Fünf Monate haben die Beschäftigten der Firma Liebelt gegen die geplante Werkschließung gekämpft. Dieser Kampf war am 16. September um 5 Uhr endgültig zu Ende. Zu diesem Zeitpunkt wurde für die über 200 Beschäftigten Interessenausgleich und Sozialplan unterschrieben. Der Krieg wurde zwar verloren, aber die letzte Schlacht um den Sozialplan gewonnen.

Es ist der Geschäftsleitung nicht gelungen, das einzige nußverarbeitende Werk des Bahlsen-Konzerns still und heimlich von Hamburg ins sächsische Kreba zu verlegen.

Die offizielle Bekanntgabe der geplanten Werkschließung am 19. April fand vor laufenden Fernsehkameras statt. Vor den Fenstern des Verhandlungszimmers protestierten die Kollegen lautstark gegen dieses Vorhaben. Unterschriften gegen die Werkschließung wurden in ganz Deutschland gesammelt. Auch der Hamburger Senat sicherte Unterstützung zu. In Sachsen, wo bisher Kartoffel-Chips hergestellt wurden, gab es eine Anfrage im Landtag und der sächsische Bauernverband protestierte ebenfalls. Schließlich hatten viele Landwirte Kartoffeln an Bahlsen geliefert.

Durch Untersuchungen hat der Betriebsrat versucht, den wirtschaftlichen Sinn dieses Vorhabens zu widerlegen – die Konzernleitung hat anders entschieden. Bedingungslos kapituliert haben die Beschäftigten aber nicht. Der abgeschlossene Sozialplan ist allein vom Volumen her mehr als doppelt so teuer, als die Konzernleitung sich das vorgestellt hatte. Außerdem beinhaltet er Regelungen, die über reine Abfindungsfragen hinausgehen.

Damit möglichst viele Mitarbeiter möglichst schnell einen neuen Arbeitsplatz finden, wird in der Firma eine Arbeitsvermittlung eingerichtet. Deren Arbeit beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Suche neuer Arbeitsplätze. Angeboten werden Qualifizierungsmaßnahmen, die auf den Fähigkeiten der Mitarbeiter aufbauen und eventuelle Qualifizierungslücken schließen sollen. (jub)

Fichtel & Sachs: Motorenbau wird geschlossen!

Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart. Nach der Vereinbarung eines Interessenausgleichs zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat Anfang September kann Fichtel & Sachs jetzt die beabsichtigte Schließung des Motorenbaus umsetzen.

Im Motorenbau, einem traditionellen Unternehmensteil der Fichtel & Sachs AG, waren zuletzt noch ca. 190 Arbeitnehmer beschäftigt. Vor dem Hintergrund sinkender Umsätze und jahrelanger Verluste war vom Mannesmann-Konzern seit Jahren die Schließung des Motorenbaus angedroht worden, insbesondere jedoch vom Betriebsrat abgelehnt und abgewehrt worden. Die Änderung der Konzernstrategie in den letzten Jahren (Divisionalisierung, Verselbstständigung von Produktbereichen, Konzentration auf das Kerngeschäft) verstärkte den Druck auf den Motorenbau und löste die Bindungen innerhalb der Bereiche am Standort Schweinfurt. Mit dem Verkauf des ehemaligen Sachs-Geschäftsbereichs Energietechnik an die Bayerische Vermögensbeteiligungsgesellschaft (Anfang April 1996) fiel insofern eine Vorentscheidung, als damit eine Zukunftsperspektive des Motorenbaus (Bau von Motoren für Blockheiz-

kraftwerke) abgeschnitten wurde. Der neue Vorstandsvorsitzende von Fichtel & Sachs, Klotzbach, kündigte bei Amtsantritt eine „klare Erfolgsorientierung“ als Geschäftsstrategie an. Die Schließung des Motorenbaus und die kompromißlose Trennung von künftigen Verlustgeschäften liegen auf dieser Linie. Im Interessenausgleich wurde vereinbart, daß Arbeitnehmer, die im Zuge der Schließung des Motorenbaus ihre Stelle verlieren, auf offene Stellen in anderen Unternehmensbereichen der Fichtel & Sachs AG bzw. des Mannesmann-Konzerns versetzt werden, und daß Arbeitnehmer, die älter als 55 Jahre sind, die Möglichkeit des Ausscheidens mit Abfindung angeboten wird, um Versetzungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Absicht, die Schließung ohne betriebsbedingte Kündigungen zu vollziehen, wurde erklärt, aber nicht rechtsverbindlich vereinbart. Ebenso konnten die Forderungen des Betriebsrats zur Absicherung der verschiedenen Produktbereiche am Standort und der Beschäftigtenzahl in Schweinfurt nicht im Rahmen des Interessenausgleichs vereinbart werden. Es gibt bisher lediglich eine Erklärung des Vorstandsvorsitzenden des Mannesmann-Konzerns, Funk: „Bei Fichtel & Sachs in Schweinfurt soll trotz notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen der aktuelle Beschäftigungsstand per Saldo gehalten werden.“ (Schweinfurter Tagblatt, 19.9.96)

Mit dem Interessenausgleich wurde ein Sozialplan in Kraft gesetzt, der im wesentlichen dem im Zuge des radikalen Personalabbaus in den Jahren 1992 - 94 gültigen Sozialplan entspricht. Die Dotierung von Abfindungen wurde etwas verbessert, für ältere Arbeitnehmer wurden zum Ausgleich von besonderen Härten (Gesetzesänderungen der Regierung: Rentenabschläge, Verschlechterungen des AFG) teilweise hohe Ausgleichszahlungen vereinbart. (cls)

BASF-Beschäftigte stürmen Werksgelände

Am 12.9.96 demonstrierten Beschäftigte der noch BASF-Tochter Magnetics vor den Toren der BASF. Anlaß war eine Sitzung des Aufsichtsrats, in deren Verlauf über den Verkauf der Magnetics an die türkische Fa. Raks verhandelt werden sollte. Außerdem sind die Magnetics-KollegInnen besonders sauer, weil sie vor nicht allzu langer Zeit auf Gehaltsanteile (z.B. Weihnachtsgeld) verzichtet haben, um die Magnetics aus der Verlustzone zu holen. Die Aktion ist geglückt und nun überlegt sich so manche/r, ob nicht gerade dieser Verzicht dazu führte, daß nun Kaufinteresse besteht.

Um die Mittagszeit verschloß die BASF ein nahe gelegenes Tor, durch welches BASF-KollegInnen zu der Demonstration stoßen wollten, um ihre Solidarität zu zeigen. Dies ist einmalig in der Geschichte der BASF AG. Das Weltunternehmen schließt ein Tor und verwehrt damit ihren Beschäftigten während ihrer Freizeit (der Mittagspause) das Werksgelände zu verlassen. Wenn es eine Steigerung von einmalig gibt, dann ist es die Reaktion der DemonstrantInnen. Sie zogen zu diesem verschlossenen Tor. Sie rüttelten und schüttelten und begehrten Einlaß. Sie erreichten die Öffnung des Tores und durchschritten es mit ca. 2.000 Menschen, diese zogen durch die BASF und verlangten eine Stellungnahme vom Vorstandsmitglied Kley. Ob diese neue Qualität der Auseinandersetzung darauf zurückzuführen ist, daß ein Großteil der Demonstranten aus den 3 französischen Standorten angereist waren? (1 Teilnehmerin)

Nächste Runde im Erpressungskrimi

Mercedes-Benz Mannheim

Im untenstehenden Text veröffentlichen wir einen Artikel aus dem „Innenspiegel“ (Sept.96), eine Zeitung linker Gewerkschafter bei Mercedes-Benz in Mannheim.

Am 24. September, kurz vor Redaktionsschluß, gab der Daimler-Benz Vorstand als erster großer Konzern bekannt, daß er die Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80% ab 1.10. durchsetzen will. Die Empörung in der Belegschaft über diesen „Hammer“ ist riesengroß. Der Betriebsrat hat alle Gespräche über „Kostensenkung und Standortsicherung“ erst einmal abgebrochen. Über Gegenmaßnahmen wird beraten. Jetzt ist natürlich die gesamte IG Metall gefordert. Allerdings ist der Betriebsrat von Kassel vor einigen Tagen unter dem Druck, daß das LKW-Werk für Leichttransporter eventuell verkauft oder zugemacht werden soll, schon eingebrochen. Generell wird der Lohn um 5% gekürzt und außertarifliche Zulagen gestrichen. Dafür sollen bis zum Jahre 2001 die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Diese Arbeitsplatzgarantie ist allerdings nur eine Absichtserklärung und im Ernstfall nicht einmal das Papier wert. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Feuerstein aus Mannheim lehnt dies ab und hat erklärt, daß für die Werke in Mannheim, Wörth und Gaggenau eine solche Vereinbarung nicht in Frage käme. (Die Redaktion)

Wahnvorstellung des Vorstandes

Die Wahnvorstellung des Vorstandes, in Mannheim 385 Mio. DM zu holen, liegt immer noch auf dem Tisch. Ab jetzt müssen sie richtig Druck verspüren die Herren „Standortsicherer“ aus der Chefetage: Scharfer Gegenwind!

Denn so dreist und konsequent wie aktuell in Mannheim und anderen Mercedes-Werken wurde eine offene arbeitnehmerfeindliche Politik bisher noch nie vorgetragen.

Vöhringer und Diez haben im Juli die Vorstandsforderungen für Mannheim bekräftigt. Und was für Brocken:

- 10% Abbau indirektes Personal
- 10% pauschal Vorgabekürzungen bei den Leistungslöhnen
- 2% weniger Verdienstgrad und
- die Anrechnung von Tariflohnerrhöhungen sind unannehmbar!

Für den Vorstand war das seit Wochen verhandelte 16-Punkte-Programm der Mannheimer Centerleiter mit gekürzten Erholzeitpausen im Mittelpunkt noch nicht genug Horror. Unter Leitung der Stuttgarter Erpressungs-„touristen“ wird das Geschäft mit der Arbeitsplatzangst jetzt erst richtig bis zum Anschlag betrieben. Schamlos wurde das niedrige Wörther Programm (In Wörth ist ein LKW-Werk von Mercedes, die Red.) ausgenutzt.

Erpressung ohne Ende

Die Vorstände von Mercedes-Benz und Daimler-Benz sind von einem Interessenausgleich mit den Beschäftigten so weit wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte entfernt. Erst Reuter mit 70.000 abgebauten Arbeitsplätzen seit 92, dann Schrempf mit rabintischen US-Konzepten. Soeben hat er DASA, Fok-

ker und AEG erledigt, jetzt soll für Zielsetzung 12% Rendite auch beim LKW Europa und der Sparte Antriebsstrang (ATS) nochmals 1 Milliarde Mark mit einem höheren Arbeitstempo und Personalabbau eingespart werden.

Jetzt weitere Leistungsverdichtung bedeutet einen noch schnelleren Verschleiß der Gesundheit für die Belegschaft. Ein lebenslanges, erträgliches Schaffen wird in vielen Bereichen dann unmöglich gemacht weil Stress und Hetze krank machen.

Die Personalplanung steht schon jetzt unter einem erheblichen Druck, weitere Personalüberhänge sind nicht zu verkraften. Niemand kann sagen, wohin mit den Leuten. Wenn beim Benz immer weniger Leute schaffen, ist das auch ein Schlag für die gesamte Region.

Was ist das für eine Unternehmensmoral? Ist dieses Verhalten noch sozialverträglich? Es klingt wie blanker Hohn, wenn das Unternehmensleitbild verkündet: „Die Mitarbeiter sind die Grundlage unseres Erfolgs und Fortschritts“. Wenn man auf dieser Grundlage nur herumtrampelt.

Widerstand ist Notwehr

Wenn jetzt die Löhne/Gehälter gemindert, Akkorde verschlechtert, indirektes Personal abgebaut und die Erholpausen gekürzt werden, wird an niemandem mehr in der Belegschaft „der Kelch vorüberziehen“. Widerstand wird für alle zur Pflicht. Auch angekündigte Arbeitszeitverkürzungen oder „Angebote zum Abschluß von Ausscheidungsverfahren“ sind keine Perspektive.

Schrempfs verheerende Politik des „Profites über alles“ führt zu zunehmender Radikalisierung im Topmanagement von Daimler und Mercedes. Da hilft nur Gegendruck.

Die steigenden Programme stärken der Belegschaft den Rücken. Der Vorstand braucht alle Belegschaften der Nutzfahrzeug-Werke für den „Actros“-Anlauf, den neuen Stadtbuss N3. PKW boomt!

Stopp einer Managementpolitik,

- bei der Standortsicherung einzig und allein als Gewinn- und Rendite-Sicherung verstanden wird,
- bei der die soziale Verantwortung für die Beschäftigung einer ganzen Region immer mehr zurückgenommen wird, auch unsere Kids wollen noch Arbeit.

Ganz klar: Auch für die Kolleginnen und Kollegen bei Mercedes-Benz ist die Produktivität ein Anliegen, auch die Belegschaft will ein effektives Unternehmen und Qualitätsprodukte herstellen. Aber nicht um den Preis der Hergabe menschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir lassen uns nicht alle Standards und Errungenschaften unterhöhlen, für die in der Metallindustrie lange gestritten wurde.

Autokrise, Dollarkurs, Globalisierung, Neuanläufe, Verluste beim LKW, die Kostenersparungen mit immer neuen Begründungen und Zielvorgaben, dieser Alptraum kann so nicht weitergehen!

ÖTV: Aktionen gegen Sparbeschlüsse

Die ÖTV hatte gegen das sog. Sparpaket der Bundesregierung am 12. und 13.9. zu Aktionen in Betrieben aufgerufen. In Stuttgart kam es in nur wenigen Dienststellen dazu.

Katharinenhospital

Im Katharinenhospital erstellten die ÖTV-Mitglieder vor der Kantine mit einer Button-Maschine Anstecker mit der Aufschrift „Bonner Sparpaket zurück an Absender - Protest im Katharinenhospital“ und forderten die Kolleginnen und Kollegen auf, die-



se But- tons am 12. und 13.9. zu tragen. Es kam zu zahlreichen Diskussionen, die rundherum angebrachten Wandzeitungen wurden gerne gelesen und die Aktion fand guten Zuspruch.

Ferner legten wir ein Beschwerdebuch in der Eingangshalle des Krankenhauses aus und forderten Beschäftigte, Patienten und Besucher auf Wandtafeln auf, ihre Meinung zum „Sparpaket“ aufzuschreiben; die zahlreichen Eintragungen, die oft die soziale Ungerechtigkeit anprangern, wollen wir im nächsten „ÖTV-Krankenhausinfo“ auswerten. Die freitags stattfindende Personalratssprechstunde zu „Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die Beschäftigten“ zeigte, daß doch viele noch nicht das Ausmaß der Kürzungen, wie es sie persönlich trifft, im Überblick haben. (evo)

Jugendamt

Aus Anlaß der Beschlußfassung des Bundestages zu Einsparungen im Sozialbereich versammelten sich am Donnerstag, den 12.9.96, ca. 50 Beschäftigte des Jugendamts zu einer Personalratssprechstunde kurz vor der Mittagspause. Der Personalratsvorsitzende Martin Agster informierte über die geplanten und anstehenden Sparmaßnahmen im Sozialbereich bei Bund, Land und Stadt Stuttgart. Dies wurde durch Wortbeiträge von ÖTV-Vertrauensleuten über Auswirkungen ergänzt. Als nächstes wird ein offener Brief an Beschäftigte und Zusammenschlüsse von betroffenen Nutzern der Dienste des Jugendamts Stuttgart verfaßt, in dem zu einem Workshop aufgerufen wird, um Ideen zu wirksamem Widerstand gegen diese Maßnahmen zu sammeln. Da im öffentlichen Dienst bei Streiks hauptsächlich immer die Nutzer betroffen sind, wird hier ein Bündnis mit ihnen angestrebt. Zum Abschluß der Versammlung wurde eine Resolution an die betroffenen Bürgermeister und die Gemeinderäte beschlossen, aus der im folgenden zitiert wird:

... Als Beschäftigte im Sozialbereich sehen wir hier auch gravierende negati-

ve Auswirkungen auf diejenigen, mit denen wir täglich arbeiten, zukommen. Auch sehen wir dadurch noch höhere Kosten für die kommunale Daseinsfürsorge entstehen.

Als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben wir die Kündigung des Manteltarifvertrags zu befürchten. In diese drohende Auseinandersetzung werden wir uns massiv einmischen, wir sind nicht bereit, Verschlechterungen bei unseren Arbeitsbedingungen hinzunehmen!

Endgültig verärgert uns, nun zu hören, daß auch die Arbeitgeberin Stadt Stuttgart mitmachen möchte beim Spiel „Ärgert die ArbeitnehmerInnen“:

Sollte die Arbeitszeit der Beamten angehoben werden, sollen entsprechende Stellen wegfallen. Diese wurden bei der Arbeitszeitverkürzung nicht geschaffen, die Arbeit hat sich weiter verdichtet und viele KollegInnen kommen mit der Regelarbeitszeit nicht über die Runden.

Es wird sich die Kreditaufnahme der Stadt auch nicht senken..., wenn die maximal 10 Tage Dienstbefreiung für Fortbildung eingeschränkt werden, denn in dieser Zeit übernehmen KollegInnen die Arbeit.

...Wir fordern Sie auf, im Interesse guter kommunaler Dienstleistung durch motivierte MitarbeiterInnen, in einer sich modernisierenden Verwaltung derartige Überlegungen in der Verwaltung Ihrerseits im Keim zu ersticken.“ (mok)

Bus und Straßenbahnen

Am 13. September, „5 Minuten vor 12“, legten die Fahrerinnen und Fahrer der Stuttgarter Busse und Straßenbahnen für fünf Minuten die Arbeit ein, um gegen die Verabschiedung des sogenannten Sparpakets im Bundestag zu protestieren. Wir zitieren aus dem Flugblatt der ÖTV Stuttgart-Böblingen:

Liebe Fahrgäste der SSB, trotz des massiven Protests hunderttausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vergangenen Wochen, versucht die Bundesregierung am heutigen Tag, mit der Kanzlermehrheit das berühmte „Sparpaket“ durch den Bundestag zu pauken. Wenn das gelingt, werden auch Sie davon berührt sein!

Es ist im wahrsten Sinne „5 Minuten vor 12“.

Wir, Ihre Fahrerinnen und Fahrer der SSB, wollen mit unserem heutigen Protest deutlich machen, daß wir der Zerschlagung unseres Sozialstaates nicht tatenlos zusehen werden.

Wir sprechen uns damit gegen eine Politik aus, die Reiche noch reicher macht und dafür Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kranke, Behinderte, Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Kasse bittet. (...)

Gegen diese höchst unsoziale Politik setzen wir uns zur Wehr. Wir bitten um Ihr Verständnis, daß wir deshalb heute mittag aus Protest für eine kurze Zeit den Fahrbetrieb einstellen.

Ihre Bus-, Stadt- und Straßenbahnfahrerinnen der SSB

Gewerkschaften rufen zur Gegenwehr auf!

Die hier dokumentierte „Münchner Erklärung“ vom 6. September wurde im Vorfeld der Abstimmung über die sogenannten „Spargesetze“ verabschiedet. Der Wortlaut macht deutlich, daß es sich hier um politische Kräfte handelt, die sich der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlen, also einem Kapitalismus, dessen negativste Auswüchse durch staatliche Gesetze eingeschränkt werden. Die IG Metall und auch andere Gewerkschaften entwickeln ihren Widerstand deshalb gegen einen „Kapitalismus pur“, der nun durch die Gesetzgebung am „schwarzen Freitag“ weitere Nahrung erhalten hat. ... (dil)

„MÜNCHNER ERKLÄRUNG“

Parlament für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit München, den 6. September 1996

Millionenfache Arbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze für Jugendliche und die tiefe Finanzkrise der öffentlichen Hand setzen die sozialen Sicherungssysteme und den Sozialstaat insgesamt einer dramatischen Belastungsprobe aus.

In München haben sich heute Vertreter und Vertreterinnen bayerischer Städte sowie kirchlicher Organisationen, von Jugendverbänden und Sozialversicherungsträgern, von Gewerkschaften und der Wissenschaft, von Wohlfahrtsverbänden, Senioren und Studenten sowie des Bayerischen Heilbädersverbandes zusammengefunden, um den Willen zum Dialog und zum gemeinsamen Handeln zu dokumentieren.

Sie wollen sich den neuartigen Herausforderungen stellen, ohne die ethischen und moralischen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens, nämlich Demokratie, Gerechtigkeit und Soziale Sicherheit preiszugeben. Kurzfristige Lösungsansätze und der schrittweise Abriß des Sozialstaates werden unserer Situation nicht gerecht.

Am Ende des zweiten Jahrtausends hat der wirtschaftliche Wettbewerb eine völlig neue Dimension erreicht.

„Globalisierung“ heißt das Schlagwort, das die ständig zunehmenden wirtschaftlichen Aktivitäten auf einem ständig wachsenden Weltmarkt umschreibt.

Neue Wettbewerber aus Asien, Mittel- und Osteuropa sind hinzugekommen, neue Kommunikationstechniken und sinkende Transportkosten erleichtern Unternehmen die weltweite Standortwahl. Soll im „global village“ nur noch Platz für Unternehmen und Vermögensbesitzer sein?

Die Volkswirtschaften der Welt haben sich zu diesem Standortwettbewerb gerüstet. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und das Wohl der Menschen werden ihm untergeordnet.

Weltweit haben sich Regierungen der reichen Industrieländer für einen harten Sparkurs und für einen Abbau sozialer Sicherungssysteme zugunsten der individuellen Risikoübernahme entschieden. In vielen Entwicklungs-, Schwellen- oder Reformländern werden sozialstaatliche Maßnahmen erst gar nicht mehr angestrebt.

Das globale Wirtschaftssystem ohne einen ordnungspolitischen Rahmen hat die Renditemöglichkeiten von großen Unternehmen und Vermögensbesitzern erheblich verbessert. Für Berufsanfänger, Arbeitnehmer und kleine Selbstständige hat die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust oder Armut dagegen zugenommen.

Der unregelmäßige Standortwettbewerb zerstört regionale Identitäten und grenzt sozial Schwache aus: Hilfen für Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Kranke, Pflegebedürftige und alte Menschen haben in diesem globalen Gesellschaftsmodell keinen Platz.

Deutschland forciert den Standortwettbewerb und setzt dabei die soziale Marktwirtschaft aufs Spiel.

Seit Mitte der siebziger Jahre hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland ständig zugenommen. Vor allem im Produktionsbereich gingen hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren, die durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungs- und Informationssektor nicht annähernd ersetzt wurden.

Die Kostensenkungsstrategien der Unternehmen zerstören auch die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz. Die Qualität der Berufs- und Schulausbildung hinkt vielfach der Entwicklung hinterher.

Deutschland will zwar im Standortwettbewerb an die Spitze. Es ist aber weder auf den Strukturwandel und die geforderten Innovationen ausreichend eingestellt, noch ist die Bewahrung des sozialen Friedens durch ein Konzept gerechter Reformen gesichert.

Das „Programm für Wachstum und Beschäftigung“ der Bundesregierung geht in eine völlig falsche Richtung:

- Es bestraft Arbeitslose und Kranke, statt die Ursachen für Arbeitslosigkeit und Krankheit zu bekämpfen.

- Es verschärft den Kampf um die Arbeitsplätze durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Frauen, statt die Arbeit gerechter zu verteilen.

- Es macht bestehende Arbeitsplätze durch die Abschaffung des Kündigungsschutzes in 80% aller Betriebe noch unsicherer, statt die Entstehung neuer Arbeitsplätze zu fördern.

- Und es verstößt gegen elementare Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit.

Bayern und die Folgen der Globalisierung Bayern hat in der Vergangenheit den Wandel vom Agrar- zum Industriestaat ohne allzu große Brüche bewältigt.

Durch die Abwanderung und Zerstörung tausender industrieller Arbeitsplätze in Ballungsräumen wie Nürnberg/Fürth oder Augsburg ist nunmehr jedoch die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieser Zentren und ihres Umlandes ernsthaft gefährdet.

In anderen Bereichen Bayerns, wie in Schweinfurt, Nordostoberfranken, der Nördlichen und der Mittleren Oberpfalz mit vielen kleinen Handwerksbetrieben und industriellen Zulieferern erschweren Betriebsverlagerungen und Konkurse das wohnortnahe Arbeiten, um das sich die regionale Strukturpolitik über Jahrzehnte bemüht hat.

Bayern lebt mit seiner natürlichen Schönheit und seiner relativ gesunden Umwelt auch vom Tourismus und vom Kurwesen. Durch gesunkene Haushaltseinkommen und aktuell besonders durch unüberlegte Sparpläne für die Kranken- und Rentenversicherung ist die wirtschaftliche Grundlage vieler bayerischer Fremdenverkehrs- und Kurorte ernsthaft bedroht.

Für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit!

Die Lösung des Beschäftigungsproblems kann nicht in einem neuen Wettbewerb mit den Ländern in Osteuropa, Asien oder Südamerika um möglichst niedrige Einkommens-, Sozial- und Umweltstandards bestehen.

Statt ständig den Wirtschaftsstandort Deutschland schlecht zu reden oder weiterhin eine Umverteilung von unten nach oben zu betreiben, sollte die deutsche Wirtschaft mehr Innovation, Phantasie und Risikobereitschaft zeigen, wenn es um die Entwicklung neuer Produkte, Techniken, Absatzmärkte und -strategien geht.

Produkte aus Deutschland sind nämlich dann auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, wenn sie neuartig und von hoher Qualität sind. Wir müssen auf unseren Stärken aufbauen, um sichere Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen. Das Bildungssystem, die Berufsausbildung sowie die Arbeitsorganisation in den Unternehmen müssen darauf hin weiterentwickelt werden.

Der Sozialstaat darf nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Sozialer Friede und eine intakte Infrastruktur, ein leistungsfähiges Bildungssystem sowie eine funktionierende öffentliche Verwaltung sind Standortfaktoren, um die uns viele unserer Nachbarn beneiden. Der Grundsatz der Solidarität darf nicht aus unserer Gesellschaft verschwinden. Solidarität untergräbt nicht die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen, sondern ist die Voraussetzung für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung.

Deshalb fordern wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, den Sparplänen der Bundesregierung die Zustimmung zu verweigern und damit den eingeschlagenen Konfrontationskurs gegen weite Teile unserer Gesellschaft zu beenden.

„Unsere Partei ist gegen den NATO- und EU-Beitritt“

Interview mit Zbigniew Wiktor vom Bund Polnischer Kommunisten (Teil II)

... Damit kommen wir zu der anderen Frage, der Frage der deutschen Minderheit. Diese hat verschiedene Wurzeln. Da gibt es ethnisch betrachtet die Polen, die sogenannten Wasserpoleken, in Oberschlesien, die früher durch die Nazis und vorher durch den polnischen Staat sehr verfolgt wurden. Sie waren Träger der alten polnischen Kultur und Sprache. Es gibt viele materielle und literarische Denkmäler, die davon zeugen; hier in (Wrocław) wurden die ersten polnischen Bücher gedruckt.

Das war die polnische Minderheit im Deutschen Reich?

Ja, zu kaiserlicher und preußischer Zeit. Das war mehr als eine Million. Sie hat nach dem zweiten Weltkrieg die polnische Nationalität angenommen, deshalb konnten sie bleiben. Sie waren gute Bürger in Volkspolen, gut organisiert, die führende Positionen in den lokalen Behörden hatten, und nicht nur dort.

Und die zählen heute zu der deutschen Minderheit in Polen?

Jetzt wird ungefähr ein Drittel dieser Bevölkerungsgruppe von insgesamt ungefähr 1 Million, also über 300 000 Leute, in Organisationen der deutschen Minderheit organisiert. Sie haben ihre politischen Organisationen, sie hatte eine eigene Liste zu den Wahlen, sie bekommen vier Mandate im Sejm und ein Mandat im Senat, also dem Oberhaus unseres Parlaments. Sie existieren offiziell als deutsche Minderheit in Polen. Sie haben in den letzten Lokalwahlen in mehr als 30 Gemeinden und Städten gewonnen, und sie stellen die Bürgermeister in mehr als 30 Gemeinden und Städten im Bezirk Oppeln, Gleiwitz und anderen.

Es gibt auch deutsche Freundschafts- und deutsche Kulturkreise.

Diese verschiedenen Organisationen sind nicht nur in Oberschlesien entstanden, sondern umfassen jetzt das ganze Territorium von West-, Nordwest- und Südpolen, also ungefähr das halbe Polen ist schon mit diesen Organisationen bedeckt. Es gibt natürlich eine Frage: Woher kommen die Deutschen in dieser Gegend. Z.B. in Niederschlesien wurden die Deutschen fast ganz ausgesiedelt, aber es blieben die gemischten Familien, und es blieben auch die Leute mit aktiver antinazistischer Haltung. Jetzt kommen aus den gemischten Familien die Leute, sie möchten die deutsche Sprache kennenlernen, sie erwarten die Möglichkeit, in Deutschland eine Arbeit zu bekommen ..., und diese Organisationen entwickeln verschiedene Möglichkeiten, so daß die Leute von einer Mitgliedschaft profitieren, sie organisieren z.B. Jugendlager, sie machen auch viel vernünftige Arbeit, z.B. kümmern sie um die deutsche Geschichte und Kultur. Das ist auch ein Grund, aus dem die Leute dorthin kommen, das ist menschlich, und das ist auch eine Möglichkeit, eine Brücke zu bauen.

Es gibt aber ein Aber: Es gibt die menschlichen Beziehungen, und es gibt die Politik und Propaganda des Bundes der Vertriebenen. Die ganze Literatur, all die Parolen sind revisionistisch, antipolnisch, und sie treten in die Spuren des früheren deutschen Revanchismus. Es gibt z.B. viele Karten, auf denen die Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt ist;

mehr noch, es gibt Karten, die die Grenze von 1914 aufführen usw. Das weckt wieder Unzufriedenheit in Polen und eine Vorsicht. Viele Leute sind mißtrauisch, sie erinnern sich, was das bedeutet; es erinnern sich Leute an die Hitler-Zeit. Es entstehen sogenannte Bürgerinitiativen, die die polnische Westgrenze verteidigen. Das ist eine neue Situation. Sie möchten sich organisieren, sie möchten in den Kommunalbehörden Vertreter stellen. Die Bevölkerung sieht die Situation ganz anders als die offiziellen Behörden.

Welche Rolle spielt der deutsche Staat dabei? Die Revanchistenverbände sind nur die eine Seite, sie werden natürlich durch den Staat gefördert, aber spielt der deutsche Staat auch eine direkte Rolle?

Das ist eine wichtige Frage. Der deutsche Staat unterstützt diese Kolonie offiziell. Er finanziert den Bund der Vertriebenen, er bekam ungefähr 7 oder 8 Mio. DM, und immer wieder gibt es eine Welle materieller Hilfe für die deutsche Minderheit in Polen. Das geht vom deutschen Innenministerium aus. Die deutsche Gesetzgebung betrachtet die deutsche Minderheit im Osten als Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Man hat mehr als 100 000 Pässe ausgegeben, das ist eine Verletzung der polnischen Gesetze. Die polnische Gesetzgebung sieht nur eine Staatsangehörigkeit vor, die polnische, aber der polnische Staat ist zu schwach, und er möchte diesen Streit nicht führen. So tolerieren polnische Behörden die Situation, daß polnische Staatsbürger zugleich deutsche Staatsbürger sind. In der Realität hat Polen das anerkannt, aber Deutschland erkennt keine doppelte Staatsbürgerschaft an. Es anerkennt sie nur als deutsche Staatsbürger. Es gibt die paradoxe Situation, daß in der letzten Zeit ca. 5.000 polnische Jungen in der Bundeswehr Militärdienst geleistet haben, nicht in der polnischen Armee. Sie fahren nach Nürnberg oder München oder Düsseldorf, dort haben sie einen zweiten Wohnsitz. Die Ursache ist ökonomischer Art; sie kalkulieren so: Ich bekomme Sozialunterstützung, und dort lebe ich ganz gut für 600 bis 800 DM, das ist für polnische Bedingungen gut.

Welche Ziele verfolgt Ihrer Meinung nach die deutsche Politik gegenüber Polen?

Sie hat ein langfristiges Ziel: das ist die Angliederung dieser Gebiete an Deutschland. Sie verwendet jetzt ökonomische, kulturelle und politische Mittel, aber es wird auch der Krieg vorbereitet. In den Stäben wird diese Variante formuliert und vorbereitet, und man muß Jugoslawien als den ersten Versuch in dieser Richtung sehen. Die Rolle des deutschen Staates in diesem Konflikt ist sehr ernstzunehmen.

Für uns ist es schwierig, Informationen darüber zu bekommen, welche Widerstandskräfte es in Polen – gerade auch gegen den deutschen Imperialismus – gibt. Welche Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der Linken in Deutschland und der Linken in Polen sehen Sie?

Ich möchte die Frage ergänzen:

Deutschland betreibt eine Politik der Subversion und der Einmischung in die polnischen Angelegenheiten, eine Politik der Kriegsvorbereitung. Dagegen gibt es in Polen Widerstand, aber es gibt auch die Gefahr, daß Kräfte, die sich in Opposition gegen diese Politik stellen, anfällig für polnischen Nationalismus sein können, nationalistische Positionen vertreten, eine Einigung zwischen den Klassen in Polen anstreben. Es gibt extreme nationalistische Kräfte, die sich gegen Deutschland abgrenzen, antideutsche Positionen vertreten, Skinheads z.B., die wohl Nationalsozialisten sind, aber gleichzeitig die Deutschen angreifen. Mich interessiert, wie Sie solchen Tendenzen vorbeugen, wie Sie dagegen vorgehen, daß solche Positionen Raum gewinnen?

Der Reihe nach. Wir vom Bund polnischer Kommunisten versuchen, einen Widerstand von unten aufzubauen. Ich habe schon gesagt, daß wir die einzige Partei sind, die offiziell gegen die jetzige Orientierung der polnischen Politik ist. Wir bereiten ein Programm vor, das wir in die Allianz der Demokratischen Linken einbringen wollen, um den Widerstand zu verbreitern. Es gibt viele Strömungen in anderen Parteien, insbesondere aber in Massenorganisationen, in den Gewerkschaftsorganisationen, die diese Gefahr auch sehen. Sie unterstützen unseren Kampf, sie unterstützen unsere Veranstaltungen. Wir organisieren verschiedene Demonstrationen gegen den Nato-Beitritt. Das hat auch eine gute Resonanz unter der Jugend, und das ist eine neue Erscheinung, denn nach der Wende gab es eine regelrechte EU-Hysterie. Die polnische Öffentlichkeit weiß heute infolge der offiziellen bürgerlichen Propaganda nicht, was Polen durch den Nato-Beitritt etwa bekommt. Unsere Generäle, pensionierte Generäle der polnischen Armee, die uns beraten, haben uns gesagt, daß Polen im ersten Schritt des Nato-Beitritts ungefähr 10 Mrd. \$ bezahlen muß für die Veränderung der (Locationssysteme). Im zweiten Schritt muß Polen ungefähr 70 bis 100 Mrd. \$ für die Ausweklung der Waffensysteme zahlen. Beim dritten Schritt in einigen Jahren müßten wir infolge der ganzen Umstrukturierung der Waffensysteme, des Verteidigungskonzepts usw. 500 Mrd. \$ bezahlen. Das sind Gegebenheiten, dabei geht es nur um die technischen Waffensysteme.



Warschau 1991

Aber man muß es anders formulieren. Polen verliert seine Souveränität und Unabhängigkeit, wenn es der Nato beitrifft. Es gibt das Problem von Rußland. Wir geraten wieder zwischen die imperialistische Politik von zwei großen Nachbarn. Das ist die frühere Bismarck-Politik. Es gibt ein imperialistisches Deutschland, und es gibt ein imperialistisches Rußland, das ist kein sozialistischer Staat mehr. Das Beispiel Tschetschenien zeigt, was der russische Imperialismus auch mit Polen machen kann. Wenn Polen von Rußland bedroht wird, könnte es gemeinsame Politik mit dem deutschen Imperialismus machen. Und das ist natürlich sehr gefährlich für uns, daß unsere Westgebiete von verschiedenen sozialen und politischen Kräften in Deutschland in Frage gestellt werden. Deswegen erörtern wir diese Fragen in der öffentlichen Diskussion, und viele Argumente sind durch linke Organisationen schon angenommen. Wir formulieren unsere Argumente auch auf internationalen Veranstaltungen, Parteikongressen usw., und ich begrüße die Möglichkeiten, mit deutschen Organisationen, deutschen Genossen Gespräche zu führen über Zusammenarbeit, über gemeinsame Aktionen. Es sollte eine breite Front wachsen, innerhalb Polens und international. Das ist eine Aufgabe für alle friedensliebenden Menschen. Wir müssen eine gute Zusammenarbeit voranbringen.

Zur Frage des polnischen Nationalismus: Traditionell sind die polnischen Nationalisten auf den Osten ausgerichtet. Sie haben eigene Interessen gegen den Osten, gegen die Ukraine, gegen Weißrußland, gegen Litauen. Hier liegt die große Gefahr, daß ein Nationalismus, ein polnischer Nationalismus aufkommt, um Polen in Richtung der traditionellen Ostgebiete zu verschieben.

gegen die West-Ukraine, West-Weißrußland und Litauen. Deshalb richten die Nationalisten ihre Aufmerksamkeit nicht gegen Deutschland. Sie machen eine ähnliche Politik wie Pilsudski, der sich nach Osten orientierte, um dort eine Konföderation zwischen drei Völkern zu errichten, Polen, der Ukraine und Litauen. Es gibt aber teilweise die Gefahr, daß der deutsche Nationalismus durch diese Kräfte benutzt wird, um den polnischen Nationalismus zu befördern.

Wie groß ist Potential, das sich gegen diese Entwicklung, gegen den deutschen Nationalismus wendet?

Man kann es so sagen: Es ist groß in den Gewerkschaften, weiter in der Polnischen Sozialistischen Partei (keine große, aber relativ aktive Partei), die aktiver Teil dieser gemeinsamen Front ist; es gibt teilweise auch Strömungen in der Sozialdemokratie, die sich gegen diese offizielle Politik wenden. Es gibt sogar bei den christlichen Demokraten verschiedene Strömungen, die die Gefahr sehen, aber sie möchten nicht mit uns und anderen Linken zusammenarbeiten. Aber es gibt eine reale Basis für gemeinsame Aktionen. Eine Antwort auf die Frage, wie groß das Potential ist, ist schwer zu geben, wenn Sie Zahlen wollen. Aber es gibt verschiedene Veranstaltungen und Aktionen, wo gemeinsame Politik vorgestellt wird.

Wieviele Menschen nehmen an solchen Aktionen teil?

Das sind Hunderte, nicht Tausende. Aber es wurden z.B. auf 1.-Mai-Demonstrationen, die sehr groß waren, solche Losungen getragen, in (Wrocław) etwa, wo zwischen 2 000 und 5 000 Leute teilnahmen, in Oberschlesien, wo es bis zu 10 000 waren in verschiedenen Städten.

In Warschau gab es einen Zug mit 5 000, der von verschiedenen Parteien organisiert war. Dort überall wurden die Losungen vorgestellt.

Es gibt auch andere Demonstrationen, z.B. am 22. Juli, dem früheren polnischen Nationalfeiertag in Volkspolen. An diesem Tag finden traditionell Demonstrationen und Kranzniederlegungen statt, und auch dort wurden Parolen gegen den Nato-Beitritt usw. mitgetragen.

Zusammengefaßt können wir feststellen, daß objektiv ein breites Netz dieser Organisationen und Gruppen besteht, es gibt eine Situation der Unzufriedenheit, und es gibt eine Bereitschaft, sich neu zu organisieren. Aber es muß einen Funken geben; wir sind der Meinung, daß dieser Funke unser Programm sein kann, das wir innerhalb der linken Organisationen verbreitet haben.

Bitte können Sie uns noch etwas über Ihre Organisation, den Bund Polnischer Kommunisten, sagen?

Wir sind eine neugegründete kommunistische Partei, die nach der Wende entstand. Wir betrachten alle revolutionären, kommunistischen und Arbeiterparteien, die früher in Polen tätig waren, als unsere Vorgängerinnen. Die erste war „Proletariat“ unter Leitung von Ludwig (Walinski) in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts; die zweite Partei war die Polnische Sozialdemokratie (mit Rosa Luxemburg und anderen bekannten Revolutionären); später, nach dem 1. Weltkrieg, entstand die Polnische Kommunistische Partei, sie wurde 1938 aufgelöst; dann entstand in der Zeit des Krieges die Polnische Arbeiterpartei; dann die Polnische Sozialistische Partei, die 1948 sich mit der Polnischen Arbeiterpartei vereinigte. Und wir betrachten nicht zuletzt die Vereinigte Pol-

nische Arbeiterpartei als unsere Vorgängerin.

Wir sind eine neue Partei, die nach der Selbstauflösung der PVAP entstand, im Frühjahr 1990. Damals entstand eine Initiativgruppe von ungefähr 100 bis 200 Genossen im oberschlesischen Bezirk, in (Kattowice). Seit dieser Zeit haben wir mehrere Parteikongresse durchgeführt, haben programmatische Dokumente verabschiedet, nicht nur allgemeinen Charakters, sondern auch Richtlinien für die gegenwärtige sozialökonomische Situation, eine pro-sozialistische Alternative. Wir beweisen, daß real in Polen Klassen- und politische Verhältnisse existieren, die die Grundlage für eine pro-sozialistische, Pro-Volkspolen-Alternative sind. Das haben wir in unserem Programm vorgestellt, und wir möchten das in den nächsten Parlamentswahlen als unseren Beitrag zum allgemeinen Programm der Demokratischen Linken einbringen. Wir sind der Meinung, daß es eine große Enttäuschung über die Politik nicht nur der bürgerlichen Parteien gibt, die Ergebnis der Wende sind, sondern auch über die Sozialdemokraten. Sie setzen eine prokapitalistische Politik fort.

Haben Sie bei den letzten Parlamentswahlen kandidiert?

Ja, wir haben im Rahmen der Allianz der Demokratischen Linken kandidiert. Das ist eine Allianz, die 28 verschiedene linke Parteien, Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen umfaßt. Leider wurden unsere drei Kandidaten von der Leitung der Sozialdemokraten im letzten Moment von der Liste gestrichen. Das war ein Beispiel unehrlicher Politik der sozialdemokratischen Partei, das wir sehr kritisiert haben. Es gab auch Stimmen, aus der Allianz auszutreten, aber wir haben letztendlich fest-

gestellt, daß die politische Situation zwingt, in dieser gemeinsamen Allianz zu bleiben. Es gibt dort viele andere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Den kommunalen Wahlkreisen hatte wir unsere Kandidaten meist auf den aussichtslosen letzten Plätzen. So sind wir nirgendwo in Parlamenten vertreten. Aber wir betrachten die ganze Fraktion der Linken als unsere. Wir arbeiten gut zusammen.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen haben wir mit Bedingungen die Kandidatur von (K...), der dann auch wurde) unterstützt, der für den Beitritt Polens zu EU und Nato eintritt. Wir kritisieren diese Politik, aber wir sind der Meinung, besser (K...) als Walesa. Walesa verhält sich wie ein Anhänger von Diktaturen. Für die Zukunft sind wir der Meinung, daß die Allianz der Demokratischen Linken eine große politische Formation ist und daß wir kämpfen müssen für eine Initiative im Rahmen dieser Allianz. Es gibt in der Realität eine Chance, auf das Programm der Allianz Einfluß zu nehmen.

Wir selbst haben heute über 5 000 Mitglieder und Sympathisanten. Besonders aktiv ist unsere Partei im oberschlesischen Bezirk, in Warschau, im Wrocław, Szczecin ..., also in Zentralpolen, West- und Südpolen. Die Schwachpunkte haben wir in Nord- und Ostpolen. Dort dominieren nationalistische Kräfte, nicht nur polnische, auch ukrainische. Wir haben heute Bezirks- und teilweise Kreisorganisationen. Es gibt viele örtliche Organisationen, rund 200. Eine neue Erscheinung ist, daß sich junge Genossen an uns wenden. Wir haben jetzt einen Jugendverband organisiert, den Verband Junger Kommunisten, der aus Studenten und jungen Arbeitern besteht. Wir danken das Gespräch.
(Teil I des Interviews erschien in der letzten Ausgabe dieser Zeitung.)

Jahresmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/Volksfront

Sonntag, 17.11.1996, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Am Sonntag, dem 17.11.1996, findet nach der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten die Jahresmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/Volksfront statt. Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und alle Interessierten sind hierzu herzlich eingeladen.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

Berichte des Vorstandes, Finanzbericht
Arbeitsvorhaben für 1997 und Finanzplan 1997
Aussprache und Wahlen des Vorstandes
Zusammenarbeit zwischen den antifaschistischen Organisationen und Gruppen, bundesweit, regional, örtlich
Mitwirkung an und Unterstützung der Antifaschistischen Nachrichten
Sonstiges
Anmeldungen bitte schriftlich oder telefonisch bei der Geschäftsstelle in Köln.

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg / Volksfront)

Ich benötige eine Übernachtung von Samstag auf Sonntag:

Name

Straße

Postleitzahl / Ort

Unterschrift

Bitte schicken an: GNN Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln

Öffentliche Jahrestagung

Herausgabekreis Antifaschistische Nachrichten



Heer - Wehr - Bundeswehr
Ulrich Sander, VVN/BdA NRW

Rückgriffe auf Methoden
völkischer Außenpolitik
Dr. Hunno Hochberger, Osnabrück

Antifa im Internet
Martin Dietzsch

Samstag, 16. November 1996, 13 Uhr
Jugendgästehaus Köln-Deutz, Siegesstr. 5A

Offene Grenzen – Bleiberecht für alle! BUNDESWEITE DEMONSTRATION Freispruch für Safwan – Die Nazis vor Gericht! AM 2. 11. 1996, LÜBECK

Seit dem 16.9. wird vor dem Lübecker Landgericht der Prozeß zum Lübecker Brandanschlag geführt. Den einseitigen und rassistischen Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft ist es zu verdanken, daß statt der dringend verdächtigen deutschen Rassisten aus Grevesmühlen mit Safwan Eid ein Opfer des Brandes vor Gericht steht. Es war von Anfang an absurd anzunehmen, daß Safwan das Haus angezündet haben sollte, in dem er selbst mit seiner Familie wohnte, um sich anschließend über dem Brandherd ins Bett zu legen und zu warten, bis die Flammen ihn erreichen.

Im bisherigen Verlauf des Verfahrens ist nochmals deutlich geworden, daß es nicht den geringsten Beweis gegen Safwan gibt. Der Hauptbelastungszeuge konnte vor Gericht den Wortlaut des angeblichen Geständnisses nicht mehr wiedergeben und flüchtete sich in Erinnerungslücken, wann immer er befragt wurde, daß ihm Widersprüche in seiner Aussage nachgewiesen werden könnten. Damit ist der einzige „Beweis“ der Anklage zusammengebrochen. Die Prozeßfarce gegen Safwan muß deshalb sofort beendet werden!

Freispruch für Safwan – Die Nazis vor Gericht! Statt dessen müssen die vier deutschen Verdächtigen vor Gericht gestellt werden. Gegen sie liegt mehr an Indizien und Beweisen vor, als es gegen Safwan jemals gegeben hat. Sie hatten ein eindeutiges Motiv, nämlich Fremdenhaß, sie waren mehrfach in der Nähe des Tatorts, ihr angebliches Alibi ist längst hinfällig und sie hatten frischen Brandspuren an Haaren, Wimpern und Augenbrauen, die sie sich laut medizinischem Gutachten in jener Nacht zum 18. Januar 1996 zugezogen haben müssen. Ihre Erklärungen für dies Brandspuren sind absurd und unglaubwürdig, die angeblich verursachenden Ereignisse (mit dem Feuerzeug in den Benzinanker geleuchtet, Ofen angeheizt und Hund angezündet) liegen zudem Tage, teilweise Wochen zurück.

Doch der ermittelnde Staatsanwalt Bökenhauer hat, mit voller Rücken- deckung seiner ganzen Behörde, diese dringenden Spuren einfach ignoriert, heruntergespielt oder vertuscht. Statt ernsthaft zu ermitteln, suchten die Staatsanwälte nach Erklärungen und Ausflüchten für die verdächtigen Deutschen. Dieses Vorgehen muß objektiv rassistisch genannt werden: Deutsche werden um jeden Preis entlastet und ein Flüchtling wird mit haarsträubenden Konstruktionen vor Gericht gezerrt.

Hauptsache, es waren keine Deutschen Der Hintergrund dieses Justizskandals ist offensichtlich: Der Brandanschlag vom 18. Januar war das folgenschwerste rassistische Verbrechen in der BRD-Geschichte. Entsprechend waren zunächst die Reaktionen im In- und Ausland. Der Zusammenhang zwischen einer staatlichen Politik der Entrechtung und Abschiebung von Flüchtlingen mit der nicht abreißen lassen Kette von rassistischer Gewalt kam auf die Tagesordnung. Die Sorge um das „deutsche Ansehen“ in der Welt ergriff nicht nur Politikerinnen, sondern auch weite Teile der Medien und der Bevölkerung. Daher war der nationale Stoßseufzer unüberhörbar, als die Lübecker Staatsanwaltschaft die Entlastung für das deutsche Gewissen präsentierte: Die Flüchtlinge zünden sich ihre Häuser selber an

– Konsequenzen sind daher überflüssig, und der Rassismus wird „bekämpft“, indem er einfach wegdefiniert wird.

Für das Bleiberecht der Überlebenden! Durch diese Stimmungsmache wurde nicht nur Safwan zum zweiten Mal zum Opfer, indem er über fünf Monate in U-Haft saß und jetzt den Prozeß über sich ergehen lassen muß. Auch für die anderen Überlebenden wurde die Lage immer schwieriger. Gleich nach dem Brand war ihnen – u.a. von Lübecks Bürgermeister Bouteiller – ein dauerhaftes Bleiberecht zugesagt worden. Doch schon die Ausstellung von Reise-dokumenten, damit Angehörige ihre Toten sicher in den Heimatländern beerdigen konnten, wurde zum Aufhänger für eine Hetzkampagne. „Rechtsbruch“ töteten CDU und „Lübecker Nachrichten“ unisono und forderten für diese (eigentlich selbstverständliche) humanitäre Geste Bouteillers Rücktritt.

Ein dreiviertel Jahr nach dem Brand ist das Bleiberecht der Überlebenden noch immer nicht gesichert. Die meisten haben lediglich Duldungen bis zum 8. November – danach droht ihnen die Abschiebung. Schleswig Holsteins Innenminister Wienholtz (SPD) weigert sich beharrlich, eine entsprechende Zusage zu machen. Doch er soll sich nicht täuschen: Der Versuch, Brandopfer abzuschieben, wird massiven Widerstand herausfordern. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, damit diese Menschen nicht aus unserer Mitte gerissen werden!

Schluß mit dem staatlichen Rassismus! Die Auseinandersetzungen um den Lübecker Brandanschlag finden vor dem Hintergrund einer offiziellen Politik statt, die selbst rassistisch ist. Was den Flüchtlingen aus der Hafenstraße passiert, steht exemplarisch für eine rassistische Normalität, die unter dem Deckmantel verkündeter „Ausländerfreundlichkeit“ nahezu unbehindert abläuft. Die Diskriminierung von EinwanderInnen und Flüchtlingen ist eine Alltagsrealität. Ihnen werden nicht nur selbstverständliche demokratische Rechte, wie z.B. das Wahlrecht, vorenthalten, und sie werden auch immer wieder das Opfer von Neonazi-Gewalt oder Polizeiwillkür. Täglich werden Menschen mit Gewalt in die Verhältnisse von Elend und Verfolgung zurückgeschleppt, denen sie entkommen zu sein glaubten. Die Brutalität und Inhumanität, in der sich diese Abschiebepaxis vollzieht, findet weitgehend unbeachtet statt. Zwar profitieren die BRD ebenso wie andere Industriestaaten von der Ausbeutung der sog. „3. Welt“ – das Kapital soll frei fließen und seine Profite realisieren können. Vor den Menschen, die nicht zuletzt wegen dieser Weltwirtschaftsordnung hierher kommen wollen oder müssen, schottet sich Deutschland jedoch ab – bis hin zu den Menschenjagden insbesondere an der Grenze zu Polen. Dieser rassistischen Realität setzen wir unsere Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft entgegen, in der alle unabhängig von Hautfarbe oder Geschlecht gleiche Rechte und gleiche Entfaltungsmöglichkeiten haben. Dazu gehören das Bleiberecht für alle, die hierbleiben wollen, und offene Grenzen!

Dies ist der vorläufige Aufruf zur Demonstration. Ein bundesweites Vorbereitungstreffen wird am 12. Oktober in Lübeck stattfinden. Nähere Infos: 04 51-70 20 748

TERMINE

5./6.10.: Das Marxistische Forum in der PDS veranstaltet in Berlin ein zweitägiges Seminar zum Thema „Die Sozialisten und die Macht heute“. Beginn am 5.10. um 10 Uhr im Kongreß-Center (LCC), Normannenstraße, Berlin-Lichtenberg. Geplant sind u.a. mehrere Diskussionsrunden mit einleitenden Referaten, u.a. von H. Modrow. Anmeldungen für Diskussionsbeiträge sind möglich an: Dr. Kurt Pätzold, Neue Krugallee 46, 12435 Berlin.

6.-10.10.: Vereinigungs-Gewerkschaftstag der Gewerkschaften IG Chemie und der IG Bergbau.

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

12./13.10.: Bündnis 90/Die Grünen beraten auf dem „2. Strategie/Perspektivenkongreß“ im Kongreßzentrum von Hannover in 10 Foren über „Alternativen in der Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Arbeitspolitik“. Anmeldungen bei Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen, Baunscheidtstr. 1a, 53113 Bonn, Fax 0228-966-199.

20.-22.10.: CDU-Bundesparteitag, Hannover.

25.-26.10.: „Wie rechts ist der Zeitgeist - Beobachtungen, Erfahrungen, Analysen, Abwehr. Zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus.“ Konferenz der PDS im Gewerkschaftshaus in Salzgit-

ter-Lebenstedt, Gewerkschaftshaus, Chemnitzstr. 33, ab 15 Uhr. Infos über: Ulla Jelpke (PDS-MdB), Bundeshaus, 53113 Bonn.

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ – 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166.

26./27.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

2./3. November: Strategiekonferenz der PDS in Berlin

5. November: US-Präsidentenwahl.

14.-16.11.: DGB-Bundeskongreß in Dresden. Beschluß über neues Grundsatzprogramm.

16.-17.11.: Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg / Volksfront, Köln, Jugendgästehaus (s. ausführliche Einladung auf S. 14)

1997

24.-26.1.: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin. TO: u.a. Beratung über sozialpolitische Aufgaben, über Feminismus und PDS sowie Neuwahl des Vorstands.

22./23. 3.: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen.

Einladung zur Herbsttagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten am 12./13.10. in Köln

Ort: Köln, Jugendgästehaus, An der Schanze 14, Köln-Riehl.

Beginn: Samstag, 12.10.1996, Anmeldung ab 12.30 Uhr, Beginn des Plenums 13.00 Uhr, Ende am Sonntag um ca. 14.00 Uhr

Tagesordnungsvorschlag:

Sa., 12.10.96, 13.00 Uhr, Plenum:

o Debatte über die aktuelle Außen- und Ostpolitik des deutschen Imperialismus:

– „Militarisierung der internationalen Beziehungen: Gegenkonzepte (bei PDS, Grünen, SPD)“ (Vortrag der AG Ostexpansion der Bundeskonferenz)

– „Die Anfänge und die Entwicklung der sudetendeutschen nazistischen Bewegung und die gegenwärtigen Träger ihrer Traditionen“ (Vortrag von Dr. Emil Hruska, Partei Linker Block, Tschechische Republik)

– „Die deutsche Ostexpansion: Wirkung auf die polnische Gesellschaft“ (Vortrag von Zbigniew Wiktor vom Bund Polnischer Kommunisten)

o Berichte aus der Arbeit des Vorstandes, u.a. zu Aufgaben und Problemen im Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen und zu Repression

Sa., 19.00 Uhr: Arbeitsgruppe zur Satzung

So., 8.30 Uhr: Arbeitsgruppen, darunter zu „Ostexpansion“ (zugleich Redaktionsbesprechung für die Broschüre der AG zum Artikel 116 GG), zu „Philosophie“ und zu „Monopol und soziale Milieus“.

So., 10.30 Uhr: Abschlußplenum:

– Berichte der AG's

– Antrag zur Satzungsänderung

– weitere Anträge, Bericht zum Haushalt der Bundeskonferenz

Haushaltskommission und Präsidium der Bundeskonferenz:

Die Haushaltskommission tagt am Freitag, 11.10.1996, ab 20 Uhr im GNN-Verlag in Köln. Das Präsidium trifft sich zur Vorbereitung des Tagungsablaufes um 11.30 Uhr im Jugendgästehaus.

Die Konferenz tagt öffentlich. Anmeldung der Mitglieder und Teilnehmenden der Bundeskonferenz wegen Übernachtungen und Zusendung des Konferenzmaterials bitte bis spätestens 4. Oktober an: Geschäftsstelle der Bundeskonferenz, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel.: 0221/216442. (gez. das Präsidium der Bundeskonferenz)

Einladung

Arbeitskreis Politische Berichte

Am Samstag, den 12.10.1996, 8 Uhr, Jugendgästehaus, An der Schanze 14, Köln Riehl

Am Samstag, den 12.10.1996, trifft sich um 8.00 Uhr im Jugendgästehaus in Köln der Arbeitskreis Politische Berichte.

TAGESORDNUNGSVORSCHLAG:

• Auslandsberichterstattung, insbesondere Mittel- und Osteuropa

• Gliederungskonzept

• Erfahrungen mit der Umstellung der Redaktionsarbeit

• Vertrieb und Auflagenentwicklung

• Finanzen

gez. für die Herausgeberinnen und Herausgeber: Christoph Cornelios

„Strategien des Unfriedens“

Mit zahlreichen Dokumenten des 47. Sudetendeutschen Tages 1996, zusammengestellt von Emil Hruška mit Beiträgen von Ulla Jelpke und Helmut Schröder.

Preis 6 DM plus 1.50 Porto in Briefmarken oder 3 Stück für 20 DM über GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

Setkání, Treffen von deutschen und tschechischen Linken, hat sich zur Herausgabe dieser Quellentexte entschlossen, weil die Vorgänge auf diesem in der breiten deutschen Öffentlichkeit wenig beachteten Feld der Politik von und mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft die Entwicklung von Völkerverständnis zwischen Tschechen und Deutschen gefährden.

Aus den Quellentexten geht hervor, daß CSU und Landsmannschaft eine Traditionslinie deutscher Politik fortsetzen, die bereits in der Vorbereitungszeit des Nazi-Angriffs auf die damalige Tschechoslowakei dem Unheil den Weg bereitet: Hitler wies damals den politischen Führer der deutschen Anschlußbewegung in der Tschechoslowakei, Henlein, an, immer mehr zu fordern, als die Tschechoslowakei jemals erfüllen könne.

In den Beschlüssen, die auf dem Sudetendeutschen Tag gefallen sind und in den Reden, die beklatscht wurden, erscheint das selbstverschuldete Unglück, das die Deutschen in der damaligen Tschechoslowakei traf, weil sie sich mit

Strategien des Unfriedens

QUELLENTEXTE VOM 47. SUDETENDEUTSCHEN TAG - NÜRNBERG 1996
KOMMENTAR, DOKUMENTE, REDEN, HINTERGRÜNDE



dem großdeutschen Hitlerregime zusammenzutreten, um die Tschechoslowakei zu unterwerfen, als Verbrechen von tschechoslowakischem Staat und tschechoslowakischer Bevölkerung. Die Forderung nach Entschuldigung für die danach unvermeidlich gewordene Aussiedlung ist der Einstieg für weitere, kernige Forderungen: Nach Wiederherstellung des deutschen Eigentums in der heutigen tschechischen Republik, nach besonderen, durch die Bundesrepublik Deutschland staatlich garantierten Niederlassungsrechten für Deutsche in der Tschechischen Republik. Die beabsichtigte Folge wäre ein ständiges Hineinregieren Deutschlands; die Unabhängigkeit der tschechischen Nachbarn

wäre untergraben.

Weil hier deutsche Ansprüche völlig rücksichtslos formuliert werden, entwickelt sich die deutsche Tschechienpolitik zum Schmelztiegel von Konservativen mit offenen Faschisten. Die deutsche Politik gegenüber der tschechischen Republik ist in einem gefährlichen Fahrwasser.

Das hier vorgelegte Material wendet sich an die linke Öffentlichkeit in der BRD mit der Bitte, sich einmal klar zu machen, was solche Äußerungen und Pläne für unsere tschechischen Nachbarn bedeutet.

Setkání, Treffen von deutschen und tschechischen Linken, ist in ein letztes Jahr aus einer Reihe von Kontakten vor allem zwischen Leuten aus der bayerischen PDS und aus dem tschechischen Linken Block entstanden. Setkání hat aber keine spezielle Parteibindung, sondern funktioniert als loses Treffen, das sich durch gemeinsame Arbeitszusammenhänge definiert. Ein Ergebnis ist die hier vorgelegte Quellensammlung; in Arbeit ist eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Vorurteilen und Ansprüchen, die auf Nichtachtung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrecht des Nachbarlandes hinauslaufen.

Wer sich für die Arbeit von Setkání, Treffen von deutschen und tschechischen Linken interessiert (Veröffentlichungen, Seminartermine, Veranstaltungsvorhaben) erhält nähere Informationen über:

Stephan Straub, Wahlkreisbüro von Eva Bulling-Schröder, Bahnhofstraße 5, 8051 Ingolstadt.
Tel: 0841/76542 Fax: 0841/980726

„DIE DEUTSCHE TÜRKIEPOLITIK UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF KURDISTAN“

Rudolf Bürgel (Hrsg.): Die deutsche Türkei-Politik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan. Mit Beiträgen von Lord Avebury, Rudolf Bürgel, Serdar Celik, Sabine Skrubusch. Einleitung von Hans Otto Wiebus. Vorwort von Yasar Kaya, Präsident des Kurdischen Exilparlaments. Ca. 500 Seiten, Preis 39,80 DM. Erscheint im Oktober 1996. Bestellungen bitte sofort richten an: GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03-4204-65711, Fax 03-4204-65893

Die deutsche Türkei-Politik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan. Quellentexte zur deutschen Türkei-Politik und ihren Folgen für Kurdistan bis zurück zur Mitte des vorigen Jahrhunderts sowie mehrere aktuelle Aufsätze zur deutschen Türkei- und Kurdistan-Politik aus der Sicht deutscher und kurdischer Autoren beinhaltet ein neues Buch im GNN-Verlag, das noch im Oktober erscheinen wird. Vor ca. zwei Jahren war bereits - u.a. in dieser Zeitung - für dieses Vorhaben geworben worden, damals hatten Autoren und Verlag noch einen Doppelband geplant - ein Band Dokumente, ein Band Aufsätze. Verzögerungen bei den Autoren, unumgängliche Bearbeitungen und eine einfache Unterschätzung der mit der Zusammenstellung, Überprüfung und Sicherung der Dokumente verbundenen Arbeiten verzögerten das Erscheinen immer wieder. Jetzt ist der Band (fast) fertig, das Erscheinen gesichert.

Auf ca. 500 Seiten, eingeleitet durch

Vorworte von Hans-Otto Wiebus (IG Medien) und Yasar Kaya, dem Präsidenten des Kurdischen Exilparlaments, umfaßt der Band:

- Aufsätze von Lord Avebury, Rudolf Bürgel, Serdar Celik und Sabine Skrubusch zu Hintergründen und Absichten der deutschen Kurdistan-Politik bzw. der westlichen Kurdistan-Strategie und Mittelost-Strategie;

- zahlreiche Bilder, Karten und Zeitlisten, u.a. eine Chronologie der wichtigsten Vorgänge der deutschen Kurdistan-Politik seit den Verboten kurdischer Vereine im November 1993;

- vor allem aber eine zeitlich geordnete Zusammenstellung von einem breiten Publikum wahrscheinlich bis heute kaum oder gar nicht bekannten Dokumenten der deutschen Nahost- und Mittelostpolitik, der deutschen Türkei-, Armenier- und Kurdenpolitik, beginnend bei der preußisch-deutschen Politik gegenüber der „Pforte“ bzw. dem osmanischen Sultan Mitte des vorigen Jahrhunderts, über die ersten Waffenlieferungen durch Firmen wie Krupp u.a., über „Ausbildungsreisen“ preußischer Offiziere, die Entwicklung des Bagdad-Bahn-Projekts, das deutsch-türkische Kriegsbündnis im ersten Weltkrieg, die Balkan-, Nahost-, Islam- und Kaukasus-Strategie dieser Zeit in Verbindung mit dem ersten Interesse an Ölfunden auf kurdischen Gebieten, die deutsche Politik gegenüber den Armeniermassakern des Osmanischen Reiches und der Kemalistischen Türkei, fortgesetzt über die Zusammenarbeit der Weimarer Republik mit der Kemalistischen Türkei, auch gegenüber den kurdischen Aufständen dieser Jahre, bis zur faschistischen Türkei-Politik Nazi-Deutschlands gegenüber großtürkischen Kräften wie dem Panturanismus und ihre Nutzung für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion und der seit Anfang der 60er Jahre in der NATO neuerlich aufgenommenen Zusammenarbeit beider Staaten.

Die gesamte Dokumentation umfaßt den Zeitraum von 1837 bis Mitte der 90er Jahre.

Die Herausgabe des Bandes soll es der kritischen Öffentlichkeit erleichtern, sich ein eigenes Bild von den Hintergründen, geschichtlichen Quellen und wirtschaftlichen und strategischen Absichten deutscher Türkei- und Kurdistanpolitik zu machen, wie wir sie bis in die jüngste Zeit hinein mit den von Kinkel und Kanther gegen die PKK und andere kurdische Vereine verhängten Verboten erleben müssen.

Die Herausgabe des Buches wird vom Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM, unterstützt. Wer die vor knapp eineinhalb Jahren angekündigten Doppelbände - sie erscheinen jetzt alle in einem, ca. 500 Seiten starken Band - bereits bestellt hatte, wird vom GNN-Verlag in den nächsten Tagen angeschrieben, ob und inwieweit die Bestellung aufrechterhalten bleibt. Wer noch nicht bestellt hat oder kein solches Anschreiben erhält, obwohl er bestellt hatte, wird gebeten, seine Bestellung an den GNN-Buchversand in Schkeuditz mitzuteilen. Die Auslieferung des Buches soll noch im Oktober beginnen.



Der „Starke Mann“ stützt den „Kranken Mann am Bosphorus“. Kaiser Wilhelm II und Abdül Hamid, der letzte deutsche Kaiser und der letzte Sultan; Prunkbild aus der Zeit vor dem ersten Weltverfallungskrieg

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike De (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christian Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische

Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7.

Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50.

Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM.

Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM

(Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement

kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern:

Personen in Ausbildung und Arbeitslose:

52,- DM. Buchläden und andere Weiterver-

käufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-

Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C.

10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax:

030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Pal-

maille 24, 22767 Hamburg, Tel.

040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hanno-

ver: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hanno-

ver, Tel. 05 11 / 458 37 93. Köln: GNN-Verlag,

Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 /

21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München:

GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339

München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Bade-

weg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 /

657 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-

Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift: